

# Calwer Zeitung

HEIMATBLATT FÜR STADT UND LAND

Freitag, 27. Juli 1951

ÜBERPARTEILICHE TAGESZEITUNG

7. Jahrgang / Nr. 115

## Truman: UN-Korea-Aktion verhinderte dritten Weltkrieg

Morrison für deutschen Verteidigungsbeitrag / Einigung über Europa-Armee

WASHINGTON. Durch das entschlossene Handeln der Vereinten Nationen in Korea sei möglicherweise ein Weltkrieg verhindert worden, schreibt Präsident Truman in einem Brief, den er gestern dem amerikanischen Kongress vorgelegt hat. Der Widerstand der UN in Korea habe klargemacht, daß es einem Aggressor nicht gestattet werde, seine Opfer eins um das andere zu isolieren und zu vernichten.

„Wahrscheinlich diente der Angriff auch dem Zweck, durch ein erwartetes Versagen der UN für die Zukunft jedes wirksame Eingreifen der Vereinten Nationen gegen eine Aggression auszuschalten“, stellt Truman fest. Der Präsident fährt fort, das Verhalten Amerikas sei nicht von irgendwelchen materiellen amerikanischen Interessen diktiert gewesen, denn die USA hätten niemals irgendeine Sonderstellung oder Sonderrechte in Korea angestrebt, sondern allein durch die tiefe Überzeugung, daß es darauf angekommen sei, einen Zusammenbruch des Systems der internationalen Sicherheit zu verhindern.

Für einen deutschen Verteidigungsbeitrag sprach sich am Mittwoch der britische Außenminister Herbert Morrison in seiner ersten großen außenpolitischen Rede vor dem Unterhaus seit seinem Amtsantritt aus. Morrisons Rede fand in der britischen Presse eine geteilte Aufnahme und starke Kritik. Besonders kritisiert wurde seine Haltung gegenüber dem Schumanplan und ferner die Opposition gegenüber der Einbeziehung Spaniens in das westliche Verteidigungssystem.

Die fünf an der Plevanplan-Konferenz beteiligten Staaten sind übereingekommen, ihre bereits bestehenden und noch aufzustellenden Streitkräfte für 50 Jahre unter einer internationalen Kommandobehörde zu vereinen. Sie haben am Dienstag in Paris die erste Phase ihrer vor fünf Monaten begonnenen Beratungen mit einem Zwischenbericht abgeschlossen.

In folgenden Punkten besteht zwischen den Mächten Frankreich, Belgien, Luxemburg, Italien und der Bundesrepublik Einigkeit: 1. Alle Streitkräfte zur Verteidigung Europas müssen

unter einer internationalen Behörde verschmolzen werden; 2. eine parlamentarische Versammlung müsse diese Behörde kontrollieren; 3. es müsse ein Gerichtshof geschaffen werden; 4. die Mittel für den Unterhalt einer Europaarmee müssen aus einem gemeinsamen europäischen Fonds aufgebracht werden.

Meinungsverschiedenheiten bestehen nach wie vor über die Höchststärke der nationalen Kontingente. Gewisse Vorbehalte von deutscher Seite sollen dem Zwischenbericht in einem Anhang beigelegt sein. Weder der Wortlaut des Zwischenberichts noch die deutschen Vorbehalte werden vorläufig veröffentlicht.

### Tagesordnung liegt fest

Einigung in Kōsō

TOKIO. Das Hauptquartier General Ridgways gab gestern mittag bekannt, daß die alliierte und die kommunistische Delegation sich auf eine fünf Punkte umfassende Tagesordnung für die Waffenstillstandsverhandlungen geeinigt haben. Die Delegationen können nunmehr heute mit den eigentlichen Waffenstillstandsverhandlungen beginnen.

Die Einigung wurde auf der gestrigen 10. Sitzung auf der Grundlage eines kommunistischen Kompromißvorschlages erzielt, durch den das Haupthindernis für eine Verständigung, die Frage, ob der Abzug der ausländischen Truppen aus Korea auf die Tagesordnung der Waffenstillstandsbesprechungen gesetzt werden soll, beseitigt wurde. Man hat sich jetzt auf eine Tagesordnung von fünf Punkten geeinigt, die ein umfassendes Programm für die Erörterung der Maßnahmen zur Beendigung der Feindseligkeiten darstellt. Dazu gehört die Errichtung einer militärischen Demarkationslinie und die Schaffung einer entmilitarisierten Zone zwischen den feindlichen Fronten, ferner Maßnahmen in bezug auf die beiderseitigen Kriegsgefangenen. In der Tagesordnung wird die Frage des Abzugs der ausländischen Truppen, auf dem die Kommunisten ursprünglich bestanden haben, nicht erwähnt.



Die Beisetzung von Kronprinz Wilhelm auf der Burg Hohenzollern. Links: Kronprinzessin Cecilie am Arm ihres Sohnes, Prinz Louis Ferdinand, im Trauerzug. Rechts: Der mit der Fahne des Kaiserhauses bedeckte Sarg unterwegs zur Gruft. Aufnahme: Göhner



## Krise der eigenstaatlichen Finanzpolitik

Ik. Ein unausgeglichener Bundeshaushalt mit unübersehbaren, ständig wachsenden Lasten; Erschöpfung der steuerlichen Einnahmequellen bis zur äußersten Grenze; allgemeine Ausweglosigkeit in der Finanzwirtschaft der öffentlichen Hand und stärkster Druck in Richtung auf eine defizitäre Finanzpolitik hin mit ihren verheerenden Folgen für Wohlfahrt und Währung; in diesem ungesunden finanzpolitischen Klima erblickt der Staatshaushalt für das Land Württemberg-Hohenzollern das Licht der Öffentlichkeit. Ein kleines Land mit zwar soliden, aber im Verhältnis zu seinen Aufgaben schließlich doch nur schlecht ausreichenden Einnahmequellen hat immer seine Sorgen. Auch die seit der Geldneuordnung vergangenen Jahre waren gewiß nicht frei davon. Die gestrige erste Beratung des Staatshaushalts für 1951 aber trug die Zeichen äußerster Ernates. Wohl haben die Schatten der Bonner Finanznöte zweifellos zu ihrem gewichtigen Teil Anlaß hierzu gegeben. Unverkennbar jedoch stellen die großen Lasten, die sich den bestehenden seit der Verabschiedung des Haushalts 1950 im eigenen Bereich hinzugesellt haben, auch ein Land vor außerordentlich schwere und unausweichliche Fragen, das sich in seiner Finanzpolitik äußerster Vorsicht, Gewissenhaftigkeit und Sparsamkeit zu befleißigen gewohnt ist.

Ein Defizit von 71 Millionen im neuen Haushaltsplan und von über 22 Millionen aus dem vorvergangenen Haushaltsjahr kann nicht ernst genug genommen werden. Wohl wurde der Haushaltsplan 1951, abweichend von der früheren Übung, im Plenum erstmalig beraten, bevor er dem Finanzausschuß zur Bearbeitung überwiesen wurde. Abänderungen als Ergeb-

nis der Arbeit des Finanzausschusses wären somit durchaus noch denkbar. Es soll auch nicht unterlassen werden, darauf hinzuweisen, daß ein Haushaltsplan im allgemeinen ja die oberste Grenze der vertretbaren Staatsausgaben enthält, während andererseits gewisse Einnahmen — vor allem die Steuern — im voraus schwer abzuschätzen sind.

Das alles vermag aber wenig am Ernate der Situation zu ändern, denn den Korrekturmöglichkeiten des Finanzausschusses steht die Unabsehbarkeit der Leistungen gegenüber, die der Bund schließlich durchsetzen wird. Heute schon übersteigt sie, wie aus der Haushaltsrede des Staatspräsidenten zu entnehmen war, die ursprünglich im Haushaltsplan 1951 vorgesehene Rate nicht unerheblich. Die geplante Erhöhung der Verkehrssteuern, die den Ländern als Ersatz für einen größeren Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer zugedacht ist, kann nicht skeptisch genug beurteilt werden. Bestenfalls würde das Land sichere Einnahmequellen gegen höchst unsichere eintauschen, denn die Einnahmen aus Verkehrssteuern sind sehr stark von der wirtschaftlichen Struktur eines Landes und von dessen wirtschaftlicher Entwicklung abhängig.

Etwas anderes stimmt aber bei diesem Haushaltsplan noch sehr nachdenklich. Es ist die Tatsache, daß überall Grenzen erreicht erscheinen, an denen die Erfüllung der Staatsaufgaben die natürlichen Kräfte eines kleinen Landes übersteigt. Hat sich diese Frage unseren verantwortungsbewußten Staatsmännern schon seit Jahren gestellt — denn anders hätten sie sich mit der gleichen Überzeugung ja nicht für eine Länderneuordnung im Südwestraum einsetzen können —, so ist sie nun unüberhörbar geworden. In welchem Mißverhältnis steht doch beispielsweise ein Etat von nahezu 9 Millionen (5,4 Millionen im ordentlichen und fast 3,6 Millionen im außerordentlichen Haushalt) der Universität zu den bescheidenen Finanzkräften des Landes. Die Bedeutung von Lehre und Forschung kann wahrlich nicht überschätzt werden, der Aufwand dafür nicht hoch genug sein — wie denn auch tatsächlich die Aufwendungen des Landes für die Universität Tübingen sich stolz mit denen größerer Länder für ihre Universitäten messen können; nur bedürfen sie eben einer weit tragfähigeren Basis, als das kleine Land Württemberg-Hohenzollern zu bieten vermag.

Die finanzpolitischen Aufgaben des Landes haben sich bisher mit Mühe und viel gewissenhafter Sparsamkeit einigermaßen bewältigen lassen — abgesehen vom unausgeglichenen Haushaltsdefizit des Jahres 1949/50. Die Linie eines ausgeprägten Verantwortungsbewußtseins begegnet uns im neuen Haushaltsplan wieder. Verständlich und zu begrüßen, daß bei den Einnahmeveranschlägen in einer finanzpolitisch und wirtschaftlich so schlecht übersehbaren Zeit ein Höchstmaß an Vorsicht gewaltet hat. Sympathisch und bezeichnend für die maßvolle Haltung der Verantwortlichen u. a. auch die Tatsache, daß der an sich reizvollen Versuchung widerstanden wurde, in die demnächst zu erwartende Länderneuordnung mit einem staatlichen Bestand an planmäßigen Beamten durch Erhöhung der Planstellenzahlen hineinzugehen. Die Bewegung hält sich in ganz normalen Grenzen. Wenn das Land bei so ernster Auffassung und so mustergültiger Sparsamkeit heute vor der schwierigsten finanzpolitischen Situation seit Begründung seiner eigenstaatlichen Existenz steht, so tragen dafür wahrlich tragische Umstände die Verantwortung, die außerhalb seiner Einwirkungsmöglichkeit liegen.

## Vor Machtkampf Regierung — DGB?

Bonner Erklärung zu dem Dienstagbeschuß des DGB-Bundesvorstandes

BONN. „Die Bundesregierung würde es im Interesse des gesamten deutschen Volkes tief bedauern, wenn die bisherige Mitarbeit der Gewerkschaften eingestellt würde“, erklärte ein Regierungssprecher nach einer Sondersitzung des Kabinetts am Mittwoch.

Das Bundeskabinett war am Mittwochvormittag unter Vorsitz von Vizekanzler Blücher zu dieser Sondersitzung zusammengetreten, um zu dem am Vortage gefaßten Beschuß des DGB-Bundesvorstandes Stellung zu nehmen. Der DGB-Bundesvorstand hatte aus Protest gegen die wirtschaftspolitische Entwicklung in der Bundesrepublik dem Bundesausschuß des DGB empfohlen, die Mitarbeit der Gewerkschaftsführer in allen Gremien der deutschen Wirtschaftspolitik einzustellen. Die endgültige Entscheidung der Gewerkschaften über diesen Schritt wird der DGB-Bundesausschuß auf seiner nächsten Sitzung treffen.

Der Pressedienst der CDU/CSU vertritt die Auffassung, daß der letzte Schritt des DGB-Vorstandes nur als eine Abkehr von der Mittlerrolle betrachtet werden könne, die der DGB unter Führung von Hans Böckler mehr als fünf Jahre hindurch gewahrt habe. Der DGB setze plötzlich jene außerparlamentarischen Mittel ein, die schon mehrfach in kritischen Situationen drohend genannt worden seien.

### Das Auswärtige Amt

Vor personellen Veränderungen?

M. BONN. Mit der Überführung der Verbindungsstelle für die Hohe Kommission von der Bundeskanzlei in das Auswärtige Amt ist der Aufbau dieses Ministeriums weitgehend abgeschlossen. Vermutlich wird es im Laufe der letzten Organisationsarbeiten zu einer Veränderung in den leitenden Stellen kommen. So soll der bisherige Leiter der Personal- und Verwaltungsabteilung, Staatsrat Haas, als Botschafter nach Tokio oder Neu Delhi gehen, während seine Nachfolge Legationsrat Wittmann antreten soll, der bisher unter Blankenhorn in der Verbindungsstelle der Hohen Kommission arbeitete.

Die bekannten Gegensätze zwischen Staatssekretär Hallstein und Ministerialdirigent Blankenhorn werden vermutlich auch bei der Verwendung Blankenhorns zu neuen Dispositionen führen. Informierte Kreise im Auswärtigen Amt sprechen bereits davon, daß Blankenhorn, der lange Zeit der außenpolitische Vertraute des Bundeskanzlers war, einen Botschafterposten erhalten soll.

Der Bundesregierung nahestehende Kreise äußerten die Befürchtung, daß ein Machtkampf zwischen der Bundesregierung und den Gewerkschaften unmittelbar bevorstehen könnte. Sie erblickten in der Empfehlung des DGB-Vorstandes den Versuch, den Koalitionsparteien und dem Kabinett ein anderes Wirtschaftssystem aufzuzwingen. Zwischen dem i. DGB-Vorsitzenden Christian Fette und den radikalen Kräften innerhalb des DGB sind nach den Vermutungen dieser Kreise Meinungsverschiedenheiten über die weitere Gestaltung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und Bundesregierung entstanden.

## Nach Mayer und Bidault jetzt Reynaud

Französische Regierungskrise hält an / Mayer und Bidault gescheitert

PARIS. Gegenwärtig verhandelt in Paris der rechtsstehende Unabhängige Paul Reynaud mit den Parteien, ob er den Auftrag des französischen Staatspräsidenten Auriol zur Regierungsbildung annehmen kann. Reynaud war von Auriol zu sich berufen worden, da Bidault den Staatspräsidenten gebeten hatte, ihn der Aufgabe der Regierungsbildung zu entbinden, da er sie unter den gegenwärtigen Umständen nicht ausführen könne.

Bidault war am Mittwochmorgen um die Regierungsbildung gebeten worden, nachdem die Nationalversammlung dem Radikalsocialisten René Mayer das Vertrauensvotum verweigert. Mayer hatte nur 241 statt der 314 notwendigen Stimmen erhalten. Gegen Mayer stimmten zwar nur die Kommunisten, doch enthielten sich die Volksrepublikaner und die Sammlungsbewegung des Generals de Gaulle der Stimme. Die Enthaltung der Volksrepublikaner deren Stimmen für eine Regierung der Mitte absolut notwendig sind, wurde damit begründet, daß Mayer kein befriedigendes Programm für eine staatliche Unterstützung der katholischen Schulen vorgelegt habe.

Damit ist die 16tägige französische Kabinettskrise undurchsichtiger als je zuvor. Der 72jährige Paul Reynaud, der 1940 in den schwersten Tages des Landes Ministerpräsident war, sieht sich bei den Verhandlungen mit den Parteien denselben Schwierigkeiten gegenüber wie Mayer und Bidault. Die französische Presse räumt ihm in ihren gestrigen Ausgaben nur geringe Erfolgsaussichten ein. Es sei zweifelhaft, ob Reynaud in der Nationalversammlung die erforderliche Mehrheit von 314 Stimmen für seine Investitur erhalten

würde, wenn er nicht über die Unterstützung des linken Flügels der Mittelparteien oder die der Gaullisten verfüge.

Die Kritik an den „parteiolitischen Manövern“, die die Regierungskrise in Frankreich verlängerten, wird in der Presse immer schärfer. Der linksstehende „Combat“ bezeichnete die Regierungsbildung als Quadratur des Kreises und vermutet, daß Reynaud seinen Auftrag zurückgeben werde.

### Holland beendet Kriegszustand

Stikker: Normalisierung der Beziehungen

DEN HAAG. Holland hat gestern um 12 Uhr den Kriegszustand mit Deutschland aufgehoben. Ein entsprechender königlicher Beschluß, der den Charakter einer Proklamation hat, ist im holländischen Staatsanzeiger erschienen. Er enthält eine Reihe von Vorbehalten im Hinblick auf holländische Rechte und Ansprüche mit der Begründung, daß noch kein endgültiger Friedensvertrag geschlossen worden sei.

Der holländische Außenminister Dirk Stikker erklärte zur Beendigung des Kriegszustandes, daß sie sich auf alle Deutschen, also auch die in der Sowjetzone, beziehe. Doch unterhalte Holland mit der sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik“ keine Beziehungen, so daß sich die Beendigung des Kriegszustandes in dieser Hinsicht nicht auswirke. Im ganzen bedeute die Maßnahme, daß die Alliierten ihre Beziehungen zur Bundesrepublik soweit, wie es in diesem Stadium nur möglich sei, normalisiert hätten.

## Bemerkungen zum Tage

### Warnung oder Aktion?

Die massive Ankündigung des DGB, seine Mitarbeit in den Gremien der deutschen Wirtschaft einzustellen, falls die Bundesregierung in ihrer Haltung gegenüber den Gewerkschaften und in der Wirtschaftspolitik nicht einen radikalen Kurswechsel vornehme, hat die Ferienstimmung in Bonn unterbrochen. Die Bundesregierung — soweit sie nicht auf Urlaub ist — hat offensichtlich die vergangenen Kundgebungen des Unwillens der Gewerkschaften unterschätzt und wurde so völlig überrascht. Dem entspricht es auch, wenn die erste Regierungserklärung ein allgemein gehaltener Appell an den DGB zur Zusammenarbeit ist und Staatssekretär Dr. Lenz die „Hoffnung“ betonte, der DGB-Bundesausschuss werde den Beschluß des Vorstandes nicht bestätigen. Diese Hoffnung verkennt die tatsächliche Stimmung bei den Gewerkschaften, in der die Forderungen nach einer klaren Front gegenüber der Bundesregierung nicht so sehr vom Vorsitzenden Christian Fette, sondern von der breiten Führungsschicht und vor allem von den Gewerkschaften des Bergbaus und der Metallindustrie vertreten werden. Im Bundesausschuss werden diese mit den bisherigen Kompromissen unzufriedenen Kräfte noch stärker zur Wirkung kommen als im Vorstand. Die Bundesregierung wird also über Appelle hinaus konkreter werden müssen, will sie verhindern, daß im August die Durchführung des Beschlusses des DGB-Vorstandes bestätigt wird und damit die Fronte der Gewerkschaften, die Bundeskanzler Adenauer bisher vermeiden konnte, eine Realität wird.

Kommt es jedoch soweit, dann wird die Bundesregierung vor der Notwendigkeit stehen, ihre Wirtschaftspolitik gegen den DGB durchsetzen zu müssen. Die damit verbundenen in- und ausländischen Auswirkungen dürfen nicht unterschätzt werden. Man braucht nur an die Weigerung der Gewerkschaften zu denken, in den Gremien des Schumanplans mitzuarbeiten und die gleichzeitige Drohung, die Ausdehnung des Mitbestimmungsrechts und die Erhöhung der Löhne unter Einsatz „aller gewerkschaftlichen Mittel“ durchsetzen zu wollen. Es gibt recht starke Kräfte im DGB, die meinen, es müßte mit den taktischen Drohungen Schluß gemacht werden und die Gewerkschaften müßten handeln, d. h. streiken. Eine Bagatellisierung der DGB-Forderungen durch Bonn müßte gerade diese Kräfte stärken und zur Bildung von Kampfgruppen führen, die wir uns bei unserer politischen und wirtschaftlichen Struktur einfach nicht erlauben können.

## Entscheidung Mitte August

### Sitzung des DGB-Bundesausschusses

Drahtbericht unseres Bonner Büros

BONN. Wie unsere Bonner Redaktion aus Kreisen des DGB-Vorstandes erfährt, wird der Bundesausschuss des DGB, der über die Empfehlungen des Vorstandes entscheiden soll, voraussichtlich Mitte August zusammentreten. Auf Seiten der DGB wird mit Nachdruck bestritten, daß die Ankündigung der Einstellung der Mitarbeit in den Gremien der deutschen Wirtschaft nur ein „taktisches Manöver“ sei. Die Einstimmigkeit bei dem Vorstandsbeschlusse zeige, so betonen diese Kreise, daß sich die Führung des DGB völlig einig sei.

„Wir haben uns bis jetzt um eine Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und mit allen Seiten der deutschen Wirtschaft bemüht, aber man hat letztlich nichts anderes versucht, als uns zu überfahren und die Berücksichtigung lediglich anzukündigen. So kann es nicht weitergehen, Mitbestimmungsrecht, Neuordnung in der Kohlewirtschaft, Neugliederung der Kerngesellschaften bei Eisen und Stahl und die Steigerung des Reallohnes, das sind Probleme, die der DGB bei tatsächlicher Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf der Gegenseite gemeinsam lösen kann.“ Diese Worte eines Gewerkschaftsfunktionärs werden auch in Kreisen des DGB in Düsseldorf bestätigt.

## Der letzte deutsche Kronprinz beigelegt

Auf der Stammburg der Hohenzollern / Ein Stück deutsche Geschichte ging zu Ende

HECHINGEN. (Eig. Bericht.) Jäger bliesen ein letztes Halali, als „Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit, der Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen“ am Donnerstagnachmittag auf der Stammburg in der vor wenigen Monaten geschaffenen Hohenzollerngruft gleichzeitig mit seinem vor einem Jahr in Afrika verstorbenen Sohn, Prinz Hubertus, beigelegt wurde. Zuvor fand im Grafensaal ein schlichter Trauergottesdienst statt. Pfarrer Macholz, Hechingen, hob in seiner Trauerrede hervor, daß mit dem letzten deutschen Kronprinzen ein Stück deutsche Geschichte zu Ende gegangen sei. Unter den Klängen des Hohenzollerner Marsches brachten hohenzollerische Jäger den Sarg zur letzten Ruhestätte. Am Grabe spielte die Kapelle des Hüttenwerks Laucherthal das Lied vom „Guten Kameraden“.

An den Trauerfeierlichkeiten nahm die Mehrzahl der Mitglieder des Hohenzollernhauses teil. Zu ihnen gesellten sich in großer Zahl Angehörige früherer Herrscherhäuser und des Hochadels. In ihrer ganzen 900jährigen Geschichte hat die Burg Hohenzollern niemals eine so große Zahl durch Stand oder Geburt hervorragende Persönlichkeiten gesehen.

Im Grafensaal, im inneren Burghof und auf dem Weg zur Gruft reiheten sich die Kränze, die aus allen Teilen Deutschlands und aus dem Ausland eingetroffen waren. Hinter dem Sarg ging die Witwe des Verstorbenen, Kronprinzessin Cecilie, am Arme des ältesten Sohns, Prinz Louis Ferdinand. In dem langen Trauerzug sah man außer den Mitgliedern des Hauses Hohenzollern, Vertreter des hohen und niederen Adels, aus Madrid war Großfürst Wladimir von Rußland, der Schwager

des Prinzen Louis Ferdinand, gekommen. Auch v. Papen befand sich unter den Trauer-gästen.

Ausländische Herrscherhäuser waren nicht anwesend, doch lagen von nahezu allen Beleidetelegramme vor. Aus allen Teilen der Welt gingen über 600 Telegramme ein, unübersehbar die Zahl der Kränze.

Die Bundesregierung war durch Bundesminister Wildermuth, das Land Württemberg-Hohenzollern durch Landwirtschaftsminister Dr. Weiß, die Universität Tübingen durch ihren Rektor Prof. Thielicke vertreten.

## Umstrittene Schulgeldfreiheit

Scharfer Angriff der CDU auf den Gesetzentwurf im Stuttgarter Landtag

th. STUTTGART. Bei der Beratung des Etats der Kultverwaltung im Landtag von Württemberg-Baden ist es zu einer heftigen Diskussion über die Einführung der Schulgeld- und Lernmittelfreiheit gekommen. Dem Landtag liegt ein entsprechender Gesetzentwurf der Regierung vor.

Die CDU als Oppositionspartei griff durch ihren Sprecher, Abg. Sempendörfer, die Politik des sozialdemokratischen Kultministers Dr. Schenkel in ungewöhnlich heftiger Form an: Die derzeitige Kulturpolitik des Staates lasse jede große Linie vermissen, sie sei ein „Konglomerat von Gefälligkeiten und Restbeständen eines antiquierten Parteiprogramms“. Für eine innere Konzeption des unbedingt notwendigen Neuaufbaus des Schulwesens seien keinerlei Anzeichen vorhanden. Aus Mangel an konstruktiven Ideen sei das Gesetz über die Schulgeld- und Lernmittel-

freiheit und über Erziehungsbeihilfen als „partei-politisches Paradeferd“ zusammengestoppelt worden. Dies sei die offenkundige Bankrotterklärung aller Schulreformversuche. Die für diesen Zweck im Etat vorgesehenen 20 000 D-Mark könne man nur als „Begrüßungskosten“ bezeichnen. Sempendörfer erklärte, daß zunächst die chaotischen Zustände in der räumlichen Unterbringung der Schulen aufgehoben müßten, ehe Schulgeld- und Lernmittelfreiheit gewährt werde. Im übrigen werde das Gesetz ohnehin nur auf dem Papier stehen, da die Gemeinden nicht im Stande seien, die ihnen aus der Lernmittelfreiheit erstehenden Lasten zu tragen.

Die SPD und DVP als Regierungsparteien warfen Sempendörfer vor, daß er sich mit seinen Ausführungen gegen die Verfassung gestellt habe, da in ihr die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit ausdrücklich verankert sei. Der „Sturm auf die höheren Schulen“, den Sempendörfer befürchte, sei ein Zeichen dafür, daß diese Schulen bisher den Reichen vorbehalten gewesen seien. Die CDU wolle die veralteten Standesunterschiede aufrechterhalten.

Kultminister Schenkel bedauerte die Differenzen über die Schulreform. Die volle Schulgeld- und Lernmittelfreiheit lasse sich nach dem vorliegenden Gesetzentwurf innerhalb von fünf Jahren erreichen. Der Gesetzentwurf wurde dem Finanzausschuss überwiesen.

In der Debatte wurde auch das studentische Korporationswesen zur Sprache gebracht. Die CDU sprach sich für die farbentragenden Studentenverbindungen aus; die anderen Fraktionen lehnten das Korporationswesen ab. Der Sprecher der Deutschen Gemeinschaft, BHE, bemerkte, eine zu große Bevormundung der Studenten, die nach neuen Gesellschaftsformen suchten, löse eine negative Reaktion der Studentenschaft aus.

## Neue jordanische Regierung

Talal nicht geflohen

DAMASKUS. Der ehemalige jordanische Ministerpräsident Abul Huda hat am Mittwoch ein neues Kabinett gebildet, nachdem am Vormittag das alte Kabinett unter Samir el Rifai zurückgetreten war. Die Berufung Abul Hudas durch den Regenten, Emir Naif, stellt nach Ansicht politischer Beobachter eine verständliche Geste gegenüber den palästinensischen Arabern dar, die über 60 Prozent der Bevölkerung Jordaniens ausmachen.

Pressemeldungen, daß der rechtmäßige jordanische Thronfolger, Emir Talal, aus einem Schweizer Sanatorium entwichen sei, sind gestern vom britischen Generalkonsul in Genf, J. V. Barrett, formell dementiert worden. Auch alle angeblichen Interviews mit dem Emir nach dem Tode seines Vaters Abdullah seien freie Erfindung. Der Emir werde zu gelegener Zeit eine Erklärung abgeben, aber wahrscheinlich über die jordanische Regierung oder die jordanische Gesandtschaft in London.

## Kleine Weltchronik

MÜNCHEN. Das bayerische Hauptmünzamt fertigt zurzeit im Auftrag des Bundesfinanzministeriums die Urmatrize für das neue Fünf-Mark-Stück nach dem preisgekrönten Entwurf von Prof. Holl, Schwab. Grmünd. Es steht noch nicht fest, wann die Arbeiten an der Urmatrize beendet sein werden.

BONN. Bundesfinanzminister Schäffer teilte am Mittwoch mit, daß die Regierung vorläufig keine Erhöhung der Kinderzuschläge für Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes gewähren könne.

GÖTTINGEN. Polizeibeamte durchsuchten am Mittwoch in Göttingen mehrere Gastwirtschaften, in denen Korporationsstudenten verkehren und nahmen Hausdurchsuchungen bei Korporationsstudenten vor. Die Durchsuchung wurde vom niedersächsischen Innenminister angeordnet, da der Verdacht besteht, daß einzelne Studenten gegen das Verbot des Zweikampfes mit scharfen Waffen verstoßen haben.

WEIDEN. In der Tschechoslowakei leben nach vorsichtigen Schätzungen noch rund 180 000 Sudentendeutsche. Wie der deutsche Grenzbeauftragte für das Flüchtlingswesen in Fürth i. Wald, Keller, mitteilte, will sich etwa ein Drittel davon in die Bundesrepublik umsiedeln lassen.

BERLIN. Der kommunistische FDGB, dessen gewerkschaftliche Tätigkeit in Westberlin bisher nicht verboten wurde, hat bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen eine entscheidende Niederlage erlitten. Im Endergebnis dürfte er in ganz Westberlin nur etwa vierzig Betriebsräte stellen, während es im Vorjahr noch 95 waren.

PARIS. Die Wirtschaftskommission des Europarates hat am Mittwoch nach einer zweitägigen Sitzung in Paris den Plan für die Errichtung eines europäischen Verkehrsamtes gebilligt. Dieses Amt soll die Arbeitsbereiche der in Europa bereits bestehenden Verkehrsorganisationen koordinieren und der Straßburger Versammlung des Europarates Berichte über europäische Verkehrsfragen unterbreiten.

ILE D'YEU. Mehr als 7000 Menschen drängten sich am Mittwoch auf der kleinen Insel d'Yeu, um der Beisetzung Marschall Henri Philippe Pé-

tains beizuwohnen, den am Montag im Alter von 95 Jahren der Tod von seiner fast sechsjährigen Festungshaft erlöste. Kriegsteilnehmerorganisationen des ersten Weltkrieges gaben mit ihren Abordnungen den Feierlichkeiten das Gepräge. In Paris versammelten sich zur gleichen Zeit etwa 500 Trauernde am Arc de Triumphe und legten am Grabmal des Unbekannten Soldaten Kränze mit der Inschrift: „Pétain, der Retter Frankreichs“ nieder.

STOCKHOLM. Als erste Großstadt der Welt wird Stockholm im Herbst dieses Jahres mit dem Bau von drei großen atombombensicheren Schutzräumen für die Zivilbevölkerung beginnen. Die Schutzräume, die 25 000 Personen Obdach gewähren, sollen in den Granitböden geprengt werden und können mit einer Decke von 10 m Dicke auch gegen Atombombenvolltreffer absoluten Schutz bieten.

HELSINKI. Der neue finnische Reichstag wählte am Mittwoch wieder den Sozialdemokraten K. A. Fagerholm zum Präsidenten. Erster Vizepräsident wurde der Bauernpartei Kallio Koski.

HAIFA. Die israelitische Regierung bereitet zurzeit ein Gesetz vor, daß die von der ehemaligen palästinensischen Mandatsregierung gewährten Konzessionen in den Ölraffinerien von Haifa für ungültig erklärt sind. Das Gesetz würde vor allem die Briten und hier wieder die anglo-iranische Ölgesellschaft treffen, die Haupteigentümer der Raffinerien ist.

NEU DELHI. Der indische Ministerpräsident Nehru teilte dem pakistanischen Ministerpräsidenten Liaquat Ali Khan mit, daß Indien gegenüber Pakistan keinerlei aggressive Absichten habe. Beide Länder sollten einander Garantieerklärungen abgeben, daß sie nicht zum Kriege schreiten wollen.

WASHINGTON. Der Außenpolitische Ausschuss des USA-Senats wird sich nach Mitteilung seines Vorsitzenden, Senators Tom Connally, in dieser Woche mit Anträgen befassen, in denen Vergeltungsmaßnahmen gegen die Tschechoslowakei wegen der Verurteilung des AP-Korrespondenten William Oatis gefordert werden.

## HEITERES SPIEL

### IM NECKARTAL

Ein fröhlicher Roman von Eise Jung

Copyright by Verlag Bechhold

Die Probefahrt fiel zur Zufriedenheit aus. Ein Conti-Atlas war auch erstanden worden, und Thilo saß in einem blütenweißen Hemd auf dem Balkon seines möblierten Zimmers und legte den Reiseweg fest.

Berlin — Dresden — Nürnberg — Stuttgart.

Von dort nach Pforzheim.

In Pforzheim gab es die großen Fabriken der Schmuckindustrie. Man könnte dort einmal Umschau halten und nachfragen, ob man für einen jungen, begabten Künstler Verwendung habe.

Halt!

Bei Dresden lag Meißn mit seiner berühmten Porzellanmanufaktur.

Ein Mann, der eben für den Entwurf des schönsten Teegeschirrs den ersten Preis erhalten hatte, durfte an allem, was mit Porzellan zusammenhing, nicht achtlos vorbeifahren.

In Bamberg waren die „Fränkischen Kunstwerkstätten“ von Scheidel & Sohn, die künstlerisches Hausgerät herstellten, und in Stuttgart befand sich die Firma Robert Schrenck, Weberei und Teppichwirker.

Thilo holte eine Mappe mit Zeichnungen aus dem Kleiderschrank. Sie enthielt die selbige Arbeit vieler freier Abendstunden, sauber ausgeführte Entwürfe aller Art: Tapetenmuster und Schablonen, Jacquardmuster für Decken, Kissen, Wandbehänge und Damaste; Schmuckfassungen für Ringe, Broschen und Anhänger; Porzellan- und Tongeschirrmalereien; Bucheinbände und Buchschmuck. In-

tarsien für Möbel, Truhen und Kästchen. Es gab nichts, worin sich Thilos Phantasie und Können nicht versucht hätten, und das Vorhandene war so reichhaltig, daß er die Entwürfe jeder Branche in eine eigene Mappe ordnen konnte, was er für notwendig und ratsam hielt.

Er stürzte auf die Straße hinunter, kaufte im nächsten Papiergeschäft ein halbes Dutzend Aktendeckel, beschriftete sie und tat die Blätter getrennt hinein. Alle zusammen verstaute er in eine große Ledertasche und kam sich vor wie ein Reisender mit einer Musterkollektion.

Es wäre ja gelacht, wenn er mit solcher Auswahl, die von seinem Talent ein so bededtes Zeugnis ablegte, nicht bald zu einer neuen Stellung käme!

Nur von den Tapeten wollte er nichts mehr wissen, und deshalb blieb die Mappe mit den Tapetenmustern zu Hause.

Am 25. Juni brachte der Geldbriefträger die fünfhundert Mark.

Noch ein kurzer Besuch bei Isa, die gerade dabei war, dem Affen Rumba die Zähne zu putzen, und die Fahrt ins Blaue nahm ihren Anfang.

Der Silbergrau startete.

Isa stand im grauen, tonbespritzten Arbeitskittel auf dem Trittbrett und benutzte die letzten Minuten zu ausgiebigen und liebevoll besorgten Ermahnungen, die mehr ihrem Silbergrauen als dem Bruder galten.

„Bring ihn lebend heim, Thilo!“ sagte sie mit Nachdruck und sprang mit einem quiekenden Schrei auf die Bordschwelle zurück, als der Wagen anruckte. Was diesem Schrei an empörten Rufen noch folgte, hörte Thilo nicht mehr. Der Silbergrau brauste über Schöneberg und Tempelhof aus dem Häusergewirr Groß-Berlins in südlicher Richtung hinaus in die Weite.

In Meißn brauchte man keinen Zeichner und Porzellanmaler. Die Leute waren sehr höflich gewesen, aber Thilos Mappe hatte

ihnen scheinbar wenig Eindruck gemacht oder die Versicherung, daß sie zu ihrem Leidwesen keinen freien Platz zu vergeben hätten, beharrte auf Wahrheit.

Thilo entschloß sich, das letztere zu glauben. Das war er schon seinem Selbstbewußtsein schuldig, das sich am Beginn seiner Reise noch in einem gewissen Zustand von Unüber-trefflichkeit befand. Es erlitt auch keine Schlappe, als er von Dresden aus einen Abstecher nach Leipzig machte und bei verschiedenen großen Verlagsanstalten seine Entwürfe für künstlerischen Buchschmuck vorlegte.

Auch hier wiederum höfliches Bedauern: Die Aufträge seien bereits in festen Händen. Es könne jedoch sein, daß man sich bei Gelegenheit an Herrn Falck erinnern werde.

Thilo ließ seine Anschrift da, fuhr nach Bamberg und besuchte die „Fränkischen Kunstwerkstätten“.

Herr Scheidel senior war im Urlaub, und Herr Scheidel junior schüttelte nur den Kopf, als er Thilos Zeichnungen sah.

„Haben Sie in der Holzbranche schon einmal praktisch gearbeitet?“ fragte er.

Es war peinlich, antworten zu müssen, daß dazu leider noch wenig Gelegenheit gewesen sei.

„Man sieht es“, sagte Herr Scheidel kurz und schob die ausgebreiteten Blätter zusammen.

Etwas kleiner geworden, schlich Thilo über den Fabrikhof, hörte das metallische Singen von Sägen, schnupperte Holz- und Leimgeruch und tröstete sich damit, daß er diese Geräusche und Gerüche auf die Dauer doch nicht ertragen hätte.

Es mußte an der Jahreszeit liegen, die es einem fristlos entlassenen jungen Manne so schwer machte, eine neue Stellung zu finden. Entweder waren die maßgebenden Herren schon mit Ferien- und Reisegeboten beschäftigt, oder die sommerliche Hitze lähmte ihnen Entschlußkraft und Wagemut. Es fand sich nie-

mand, der sich die künstlerischen Fähigkeiten eines Thilo Falck für sein Unternehmen sichern wollte, und von den meisten, die Thilo aufgesucht hatte, nahm er den Eindruck mit, daß sie sein umfassendes Talent kaum zu würdigen verstanden hätten.

Nur Herr Robert Schrenck in Stuttgart, der Leiter der großen Weberei und Teppichfabrik, hatte die Mappe mit den Jacquardmustern sehr eingehend und aufmerksam betrachtet und ein anerkennendes: „Nicht übel!“ gemurmelt.

Thilos gesunkenes Selbstbewußtsein war auf der Leiter der Hoffnungen sogleich wieder ein paar Sprossen höher geklettert, um im nächsten Augenblick zerschmettert auf der untersten Stufe zu landen, als Herr Schrenck die Mappe zuklappte und sagte:

„Sehr schade. Wären Sie zwei Monate früher zu mir gekommen, hätte ich Sie einstellen können. Oder sind Sie Jacquardweber, Herr Falck?“

Thilo schüttelte beklommen den Kopf.

„Nur Zeichner, Herr Schrenck — leider.“

Herr Schrenck meinte zwar, dafür, daß er kein Webfachmann sei, wären seine Entwürfe außerordentlich beachtenswert, aber wenn er Herrn Falck einen guten Rat geben dürfe, dann möchte er ihm empfehlen, bei der Tapetenbranche zu bleiben.

Das hätte nicht kommen sollen!

Schon das Wort „Tapeten“ wirkte wie ein kalter Guß. Thilo erschauerte, klemmte seine Mappe unter den Arm und verabschiedete sich.

Stuttgart wäre eine schöne Stadt. Im Frühling und im Herbst möchte sie sogar paradiesisch schön sein, aber im Sommer glich sie einem Treibhaus. Thilos Körper dampfte, als er den Silbergrauen durch die Straßen steuerte, etwas ziellos, wie es den Anschein hatte, denn auch die Gedanken des Lenkers pendelten ziellos hin und her. Sie schwankten zwischen zorniger Auflehnung und peinlichen Minderwertigkeitsgefühlen. (Fortsetzung folgt)

# Staatshaushalt im Zeichen der allgemeinen Finanzkrise

Haushaltdefizit für das Finanzjahr 1951 71 178 900 DM / Dazu noch ein Defizit aus dem Haushaltsjahr 1949/50 von 22,2 Millionen

**BEBENHAUSEN** (Eig. Bericht). Sehr frühzeitig diesmal erhält die Öffentlichkeit Gelegenheit, sich mit der nicht einfachen und unter den gegenwärtigen Aspekten auch wenig erfreulichen Materie des Staatshaushalts für das Jahr 1951 (Finanzjahr 1951/52) zu befassen. Dem Plenum des Landtags wurde am vergangenen Mittwoch der Entwurf des Haushaltsplans zur ersten Beratung vorgelegt, und zwar, abweichend von der bisherigen Übung, noch bevor er dem Finanzausschuß zur Prüfung und Bearbeitung vorgelegt hat. Das rechnerische Ergebnis: ein Defizit von über 48 Millionen im ordentlichen Haushalt und ein Defizit von über 23 Millionen im außerordentlichen Haushalt, dazu ein ungedecktes Defizit aus dem Haushaltsjahr 1949/50 von 22,2 Millionen DM, alles in allem also über 93 Millionen DM Gesamtdefizit.

Die erste Beratung bestand praktisch in der großen und wohlfundierten Haushaltsrede des Staatspräsidenten und Finanzministers Dr. Gebhard Müller. Die wichtigsten Gedankengänge:

## Inflation verhindern

„Schicksal eines jeden Finanzministers ist, daß er mit unerträglicher Härte allen Versuchen widersteht, die täglich an ihn herangetragen werden, die Grenzen zu überschreiten, die einer geregelten Finanzordnung gezogen sind. Seine vornehmlichste Aufgabe besteht darin, die Zerstörung der Finanzordnung, die Bereitschaft zum Gleitenlassen, zum Defizit, zur Inflation, zu verhindern.“ In der Regel werde von den Kreisen der Interessierten, Betroffenen und Fordernden darauf hingewiesen, daß die soziale Gerechtigkeit, die Forderungen des Rechtsstaats, die wirtschaftliche Entwicklung, der Stand der Preise und Löhne eine Erfüllung ihrer Aufgaben durch Erhöhung der Staatsausgaben unausweichbar mache. Fast in keinem Fall aber werde von der Seite der Nehmenden und Empfangenden ein über die bloße Phrase hinausgehender Hinweis gegeben, woher der Staat die zur Erfüllung ihrer Wünsche notwendigen Mittel nehmen solle. Trage der Staat den Forderungen ganz oder teilweise Rechnung, und beschaffe sich die Mittel zur Deckung der Mehrausgaben durch Erhöhungen der Steuern, so sehe sich der Finanzminister einer zweiten Front gegenüber, die ihre Speere gegen ihn schleudere: die Steuerzahler, besser gesagt, das unüberschaubare Heer derjenigen, die die erhöhten Steuern bezahlen sollen, aber nicht bezahlen wollen.

## Ein Finanzwunder

Der Ablauf des Staatshaushalts unterscheidet sich stets vom Voranschlag, vom Haushaltsplan. Der Haushaltsplan schloß 1950/51 mit einem Defizit von rund 21,4 Millionen ab, der außerordentliche Haushalt zeigte in Einnahmen und Ausgaben rund 40,5 Millionen DM. Tatsächlich ist es der Regierung gelungen, den ordentlichen Haushalt ohne Defizit abzuschließen und die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts ohne Aufnahme aus vorhandenen Kassenmitteln durch Ausnützung der verschiedenen Stöcke zu bestreiten. Zu diesem für das Land recht günstigen Ergebnis hat die Tatsache entscheidend beigetragen, daß wir im vergangenen Jahre aus den E- und F-Hieben der Besatzungsmacht einen Betrag von insgesamt 26,5 Millionen DM für die Staatskasse erhalten haben. Andererseits wurden einige beachtliche Ausgaben, so vor allem die Zinsen für Ausgleichsforderungen der Bank deutscher Länder, nicht geleistet.

## Ungedeckte Ausgaben

„Aus dem Haushaltsjahr 1949/50 ist indessen noch ein Defizit von 22,2 Millionen DM vorhanden. Seine Deckung war bisher nicht möglich. Es wird auch im kommenden Jahr nicht zum Ausgleich kommen, nachdem der vorliegende Haushaltsplan im ordentlichen Teil ein Defizit von 48 Millionen DM und im außerordentlichen Teil ein

solches von 23 Millionen DM aufweist. Auf die verständliche Frage, wie es möglich sei, dieses Defizit ohne schwere Beeinträchtigung der Staatsfinanzen weiterzuschleppen, ist zu erwidern, daß die erforderlichen Mittel dazu vorläufig den Grundstöcken entnommen wurden. Es besteht also in dieser Höhe eine Schuld an die Grundstücke des Staates. Sie wird sich dann recht verhängnisvoll auswirken, wenn die Mittel dieser Grundstücke für die dort festgelegten Aufgaben gebraucht werden.“

## Die neue Situation

Sie ist gekennzeichnet durch eine wesentlich höhere Anforderung des Bundes gegenüber den Ländern. Im Rechnungsjahr 1950/51 war die Deckung des Defizits in Bund und Ländern noch durchaus im Rahmen einer ordnungsgemäßen Finanzwirtschaft möglich. Die Mehrausgaben für das Rechnungsjahr 1951/52 schätzt der Bundesfinanzminister auf 4,5 Milliarden DM. Während im Rechnungsjahr 1950 der Bund von den Ländern eine Interessenquote von 1,2 Milliarden DM gefordert hat, verlangt er von den Ländern zur Deckung des sonst nicht ausgleichenden Mehraufwands im Rechnungsjahr 1951 mit 2,135 Milliarden DM einen Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer von 31,3 Prozent. Der Mehraufwand ist hauptsächlich durch die ständig zunehmenden Aufwendungen auf sozialem Gebiet, auf dem Gebiet der Besatzungskosten und der Steigerung der Löhne und Gehälter wie auch der Preissteigerungen für Sachaufwendungen erwachsen. Die Besatzungskosten erfordern ein starkes Drittel, mehr als die Hälfte der Ausgaben des Bundes sind für Soziallasten vorgesehen.

## Wichtige Grundlage erschüttert

Der Bund hat unter Verzicht auf die Interessenquoten der Länder nach Artikel 106 Abs. 3 des Grundgesetzes von den Ländern einen Satz von 31,3 Prozent der Einkommen- und Körperschaftsteuer verlangt. Der Bundestag hat dieser Forderung zugestimmt, der Bundesrat hat abgelehnt. Rechnerisch würde die Abgabe von 31,3 Prozent aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer so aussehen: der Staat hat im letzten Jahr eine Interessenquote von 21 Millionen DM gezahlt, wobei der tatsächliche Betrag der Einkommen- und Körperschaftsteuer 127 Millionen DM ergab. Im vorliegenden Haushalt ist das Aufkommen dieser Steuern auf 137 Millionen DM veranschlagt, wonach bei 31,3 Prozent das Land also 43 Millionen DM an den Bund abzuführen hätte — 22 Millionen DM mehr als im vergangenen Jahr. Berücksichtigt man das Mehraufkommen der genannten Steuern mit 10 Millionen DM, dann ergibt sich eine Verschlechterung des Haushalts mit 12 Millionen DM. Die Durchführung des Beschlusses des Bundestages würde also das Ende der Eigenstaatlichkeit des Landes auf finanziellem Gebiet bedeuten.

Wie die Würfel aber auch fallen mögen, mit größeren Leistungen an den Bund als im Entwurf des Haushaltsplans vorgesehen, ist auf jeden Fall zu rechnen. Damit ist eine wichtige Grundlage des Haushaltsplans erschüttert. Es wurden

nämlich zunächst auf Grund eines ersten Bundesratsbeschlusses nur 20 Prozent aus dem Steueraufkommen des letzten Jahres und 40 Prozent aus dem geschätzten Mehrertrag von 10 Millionen eingesetzt, zusammen also 29,4 Millionen DM. Dieser Ansatz ist bereits weit überholt, denn die Länder haben sich zum Erweis ihres guten Willens entschlossen, der finanziellen Situation des Bundes Rechnung zu tragen und vorschußweise auf das noch nicht endgültig verabschiedete Gesetz 25 Prozent der Steuereinnahmen abzuführen.

## Konsequenzen aus dem verlorenen Krieg

„Die öffentlichen Haushalte bei Bund, bei den Ländern und bei den Gemeinden müssen ausgeglichen werden, die Stabilität der Währung muß unter allen Umständen sichergestellt bleiben. Eine Erschütterung der Währung wäre schlimmer als alles, was an steuerlichen Leistungen, an Einschränkungen und Verzicht heute vom deutschen Volk gefordert werden kann. Wir müssen den Mut aufbringen, die Konsequenzen aus dem verlorenen Krieg und aus der Notwendigkeit einer Friedenssicherung zu ziehen. Die Inflation kann nur vermieden werden, wenn man den Mut aufbringt, die Ausgaben aus dem laufenden Sozialprodukt zu decken. Das bedeutet Verzicht auf manche Verbesserungen der Lebenshaltung, Einschränkung des Verbrauchs und Unterlassung jeder nicht unbedingt notwendigen Investition. Wir können es uns nicht leisten, daß einzelne oder weite Kreise beanspruchen, besser als früher zu leben. Es ist aber auch nicht zu verantworten, daß Schulden gemacht werden, deren ordnungsmäßige Tilgung nicht sichergestellt ist. Nur wer gewillt ist, einer zunächst versteckten, dann aber offenen Inflation das Wort zu geben, kann eine andere Finanzpolitik befürworten. Dies gilt auch für gewisse Bauvorhaben auf dem Gebiet des Straßen- und Brückenbaus, für die Errichtung von Krankenhäusern und ähnlichen Ausgaben, deren Bedeutung nicht verkannt wird, für deren Durchführung aber die Mittel fehlen oder Mittel nur auf Kosten anderer, weit dringlicherer Aufgaben beschafft werden können. Paläste für die Verwaltung des sozialen Elends, der Fürsorge für die Kranken und Arbeitslosen, Paläste für Banken und Versicherungsgesellschaften, Millionenobjekte, die Ver-

schuldung oder Festlegung sonst dringend erforderlicher Mittel verursachen, sind kein Beweis für eine gute Verwaltung und eine wirtschaftliche Blüte, sondern das Gegenteil.“

## Auch für die private Wirtschaft

„Das gilt auch für die private Wirtschaft, soweit sie unmögliche und nicht vertretbare Investitionen vorgenommen hat oder plant. Mancher Betrieb hat in dieser Beziehung seit der Währungsreform mit Hilfe steuerlicher Vorteile ... schwer gestündigt. Nicht bloß den Arbeitern, Angestellten und Beamten, ganz abgesehen von denen, die nicht mehr arbeiten können, kann man Verzicht und Einschränkung zumuten, in allen Schichten der Bevölkerung muß in gleicher Weise gespart werden...“

Bei der ungewöhnlich geringen Sparrate gibt es keinen langfristigen Kapitalmarkt. Die Investitionen für die Grundstoffindustrien ... müssen durch zwingend vorgeschriebene Abführungen aus Ertrag und Substanz der deutschen Wirtschaft aufgebracht werden und das ist nur möglich, wenn alle nicht unbedingt notwendigen Investitionen unterbleiben.

Die Entwicklung der Löhne und Preise hat in ihrer tatsächlichen Gestaltung die Finanzwirtschaft der öffentlichen Hand in ungewöhnlichem Ausmaß negativ beeinflusst. An die Wirtschaft muß der dringende Appell gerichtet werden, auf dem Gebiet der Preisbildung zu vernünftigen Maßstäben zurückzukehren. Jede Sünde auf diesem Gebiet richtet sich bitter an der Wirtschaft selber. Es muß auch den Lohn- und Gehaltsempfängern gesagt werden, daß es mit der Erhöhung der Löhne und Gehälter nicht getan ist. Wenn die dadurch erforderlichen Mehraufwendungen das Leistungsvermögen des Staates ... übersteigen, so wird das Ende schlimmer sein als der Anfang.“

(Zu den Einzelplänen und ihren Abweichungen vom Haushaltsplan des vergangenen Jahres werden wir Stellung nehmen, nachdem sie den Finanzausschuß passiert haben. Die Red.)

# Erregte Schulbuchdebatte

Staatspräsident verwahrt sich gegen „vor- und gegenreformatorische Machtgefühle“

**BEBENHAUSEN** (Eig. Bericht). Mit einer überaus lebhaften, sich über zwei Stunden hinziehenden Debatte über die Schulbuchfrage begann die 107. Sitzung des Landtages von Württemberg-Hohenzollern. Dr. Leuze (FDP) und die übrigen Mitglieder der Fraktion hatten eine große Anfrage an das Haus gerichtet, ob der Regierung bekannt sei, daß bis heute in der Unterstufe der Volksschulen des Landes allein das Lesebuch des Burda-Verlages, das von Regierung und Landtag gleichermaßen als untragbar bezeichnet wurde, zugelassen sei; warum bis heute das Lesebuch von Württemberg-Baden, für dessen Einführung sich die Schulbuchkommission bereits durch Beschluß vom 14. September 1950 ausgesprochen habe, noch nicht eingeführt sei, und ob die Vorarbeiten für die Herausgabe eines eigenen Lesebuches für die Unterstufen der Volksschulen im Gange seien.

In seiner Antwort wies Kultminister Dr. Sauer darauf hin, daß sich die wiederholte Kritik des Parlaments nur gegen die Bände der Oberstufe dieses Lesebuches gerichtet hätten. Der gegenwärtige Zustand sei zwar ein Provisorium, aber auch das württemberg-badische Lesebuch sei von der Schulkommission

sion zurückhaltend beurteilt worden. Gegenwärtig werde ein neues Lesebuch vorbereitet. Dr. Leuze schloß aus den Ausführungen Kultministers Dr. Sauer, daß die Arbeiten am Lesebuch mit äußerster Bedachtsamkeit geführt würden. Ein Lesebuch für den Südweststaat sei im Augenblick wohl eine etwas zu weitgespannte Aufgabe. Nichts sei natürlicher, als sich darauf zu beschränken, zunächst für die Unterstufe eine befriedigende Lösung für das Land zu finden. Aus dem Widerstand, den das Kultministerium diesem Anliegen entgegensetzte, rühre eine gewisse Skepsis seiner Fraktion gegen das Kultministerium her.

Eine erregte Debatte wurde dadurch ausgelöst, daß Abgeordneter Leuze in diesem Zusammenhang Kritik an der Personalpolitik des Staates übte. Er forderte die unbedingte Parität der beiden Konfessionen in der Personalpolitik und meinte, gerade in der Schulbuchfrage sei diese Forderung nach Auffassung weiter evangelischer Bevölkerungskreise nicht berücksichtigt worden. Abg. G o g (CDU) erwiderte darauf, Dr. Leuze übersehe, daß die Probleme der Lesebücher für die Unterstufe und die Oberstufe sehr reinlich auseinanderzuhalten seien. Bei den Büchern für die Unterstufe handele es sich durchaus um Lesebücher, die sich sehen lassen könnten und in unsere demokratische Welt paßten. Seine Fraktion sei der Auffassung, daß der jetzt bestehende Interimszustand durch ein weiteres Kompromiß, nämlich die Einführung des Lesebuches von Württemberg-Baden, noch untragbarer gemacht werde. Man solle nun mit Mut und Tatkraft diese Frage in Angriff nehmen. Abg. Kalbfell (SPD) forderte die Parteien auf, „etwas mehr Toleranz unter Christen“ zu üben. Es gehe hier auch um die Frage, wer die Kosten tragen solle. Das Land sei dazu verpflichtet, könne aber diese Verpflichtung bisher nicht erfüllen, und nun müte man den Eltern zu zahlen. Es wäre wenig empfehlenswert, jetzt „kurz vor Tor-schluß“ noch ein neues Lesebuch herauszugeben. Zweckmäßig sei vielmehr, ein Lesebuch für ganz Württemberg zu schaffen, und zwar in Abstimmung mit dem Kultministerium von Württemberg-Baden, welche Aufgabe dem Kultministerium zufalle, nicht aber einem Verlage.

Arbeitsminister Wirsching brachte den Standpunkt der evangelischen Christen in der CDU zum Ausdruck, als er nachdrücklich über den aggressiven Ton, in dem diese Polemik geführt werde, seine Verwunderung aussprach. „Wenn man Dr. Leuze hört, müßte man annehmen, daß er der alleinige Vertreter des evangelischen Volksteils sei“, bemerkte der Minister. Hinsichtlich der Forderung Dr. Leuzes nach paritätischer Beteiligung beider Konfessionen erwiderte er, wenn man die leitenden Stellen ansehe, sei festzustellen, daß der katholische Volksteil durchaus zu kurz komme.

Abschließend sprach Staatspräsident Dr. Gebhard Müller grundsätzlich zu einigen Äußerungen. Wenn Dr. Leuze gesagt habe, die Parität werde nicht gehalten, so habe er damit wohl gemeint, daß bei ihm und dem Staat vor- oder gegenreformatorische Machtgefühle sich regten. „Ich wende mich mit Nachdruck gegen eine solche Unterstellung“, sagte der Staatspräsident, „bei der schicksalhaften Bedeutung des Verhältnisses der beiden Konfessionen für das deutsche Volk halte ich es für unverantwortlich, mit solchen allgemeinen Behauptungen die Atmosphäre zu vergiften.“

# Undramatischer Abschluß der Kiehn-Untersuchung

Der Landtag nahm nun auch den Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung der Angelegenheiten Kiehn, Trossingen, entgegen, der ursprünglich schon für die 106. Sitzung vorgesehen war. Damals waren aber zu dem bereits fertigen Bericht der Berichterstatter des Untersuchungsausschusses, Abg. Dr. Metzger (SPD) kurz vor dem Sitzungstermin von der Mehrheit des Untersuchungsausschusses Abänderungswünsche vorgebracht worden, denen sich die Berichterstatter nicht anschließen vermochte. Daraufhin beauftragte der Untersuchungsausschuß seinen Vorsitzenden, Abg. Schneider (CDU) mit der Aufstellung eines neuen Berichts. Dieser Bericht lag nunmehr dem Plenum zur Annahme vor.

Über die Untersuchung selbst bringt er keine Gesichtspunkte, die von uns nicht schon in unserer laufenden Berichterstattung anlässlich der Verhandlungen erörtert worden wären. Er gipfelt in der bekannten Erklärung vom 9. Februar 1951, die von uns damals im Wortlaut veröffentlicht wurde und die im wesentlichen besagt: Staatspräsident und Staatsregierung hätten sich nach den Feststellungen des Untersuchungsausschusses durch die Gewährung eines Wechselkredites an die EFKA-Werke Fritz Kiehn in Trossingen im Interesse des Landes richtig gehandelt, Beamten des Wirtschafts- und des Finanzministeriums sei keinerlei Unkorrektheit bei der Behandlung des Kredites Kiehn nachzuweisen gewesen, Verwaltung und Durchführung der Vermögenskontrolle seien dagegen nicht ausreichend gewesen und hätten zu Bedenken Anlaß geben können. In Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Bedeutung des Kredites kann der Bericht auf die unterdessen sehr günstige Entwicklung der Chiron-Werke verweisen.

Abg. Dr. Metzger (SPD) antwortete auf die ausführliche Erläuterung und Begründung des Berichtes mit einer umfassenden Erklärung, die den gegensätzlichen Standpunkt ihrer Fraktion über den Fall selbst und die Prozedur der parlamentarischen Untersuchung zum Ausdruck brachte. Es wird dabei vor allem Kritik an den Methoden der Un-

tersuchung geübt, während gegen die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit und die Entscheidung der Staatsregierung keine Argumente vorgebracht werden.

Abg. Leuze (FDP) scheint das Untersuchungsergebnis unklar. Er reichte für seine Fraktion einen Antrag ein, den Bericht als Zwischenbericht entgegenzunehmen und den Untersuchungsausschuß zu beauftragen, sich die Akten der durch das Verfahren vor dem Untersuchungsausschuß ausgelösten Strafverfahren usw. nach rechtskräftiger Erledigung dieser Verfahren vorlegen zu lassen, sie zu verarbeiten und sodann einen abschließenden Bericht zu erstatten. Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Staatspräsident Dr. Müller stellte in einer abschließenden Darlegung fest, ihm persönlich sei es völlig gleichgültig, ob der Bericht des Abg. Schneider oder der Abg. Frau Dr. Metzger angenommen werde, denn auch in letzterem schienen ihm keine Behauptungen enthalten, die ein pflichtwidriges Verhalten der Regierung feststellen. Er bedauert, daß die Institution des Untersuchungsausschusses in unserer Verfassung nur sehr lückenhaft verankert ist. Am besten sei wohl, einem solchen Untersuchungsausschuß eine ganz begrenzte Aufgabe zu erteilen; er möchte nicht dafür stimmen, daß der Streit weitergeführt werde. Für die Regierung sei die Frage gewesen, ob die politische Belastung und die allgemeinen Erwägungen der Entnazifizierung schwerwiegend genug gewesen seien, die Schließung des Betriebes in Kauf zu nehmen und 300 Arbeiter auf die Straße zu setzen. Auch über den Kredit selbst beständen falsche Vorstellungen. Normalerweise sei ja ein Kredit vom Kreditgeber aus dessen eigenen Mitteln zu beschaffen. Hier aber habe der Staat von sich aus keinen roten Pfennig gegeben, sondern Kiehn habe dem Staat drei Millionen an Steuern geschuldet, sie bezahlt, und der Staat habe sie Kiehn als Kredit wiedergegeben.

Staatspräsident Dr. Müller bestätigte dann noch, daß das Kabinett sich genötigt gesehen habe, andere Bedingungen für die Rückzah-

lung des Kiehnkredites zu genehmigen, als sie zunächst vereinbart worden seien. Es sei von vornherein klar gewesen, daß ein Drei-Millionen-Kredit nicht in zwei Jahren zurückbezahlt werden könne, nur habe man damals mit der Möglichkeit gerechnet, den Kredit durch eine Bank ablösen zu lassen. Abg. Schneider teilte mit, daß die Restschuld nach den inzwischen geleisteten Rückzahlungen noch 1,75 Millionen DM betrage. Das Haus nahm mit Stimmenmehrheit den vorgelegten Bericht des Untersuchungsausschusses an, und damit ist der politisch-parlamentarische Teil der Angelegenheit abgeschlossen.

Auf die auf der Tagesordnung stehende Beratung einer großen Anfrage der Abg. Dr. Leuze und Genossen betreffend Ausschüttung der Räte der zweiten Hausratshilfe verzichteten die Anfragenden mit Rücksicht auf in unseren Ausgaben Nr. 110 vom 18. Juli veröffentlichten Mitteilungen.

Ein Initiativgesetzentwurf der Abg. Dr. Leuze und Genossen über das Verbot der Einrichtung oder Unterhaltung von Gewerbebetrieben bei Behörden und öffentlichen Anstalten im Lande Württemberg-Hohenzollern wurde an den Wirtschafts- und Sozialausschuß überwiesen.

Ferner wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Versorgungsanstalt für Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Dentisten mit den Anträgen des Verwaltungs- und Rechtsausschusses nach der zweiten und dritten Beratung angenommen, und der Entwurf eines Gesetzes über die Änderung und Aufhebung von Vorschriften auf dem Gebiet des Versorgungsrechts mit den Anträgen des Verwaltungs- und Rechtsausschusses nach der zweiten und dritten Beratung einstimmig angenommen.

Die Punkte 8, 9 und 10 der Tagesordnung (Anträge des Verwaltungs- und Rechtsausschusses und Anträge des Petitionsausschusses) wurden von der Tagesordnung abgesetzt und auf die nächste Sitzung vertagt.

Aus Südwürttemberg

Sonderzug zum Heimkehrertreffen

Tübingen. Anlässlich des Heimkehrertreffens auf dem Dreifaltigkeitsberg bei Spaichingen am kommenden Sonntag verkehrt ein Sonderzug zu stark ermäßigten Preisen von Metzlingen nach Spaichingen und zurück. Er hat folgenden Fahrplan: Metzlingen ab 5.00, Reutlingen Hbf. 5.15, Tübingen Hbf. 5.35, Rottenburg-N. 5.47, Bad Niedernau 5.58, Horb 6.28, Sulz 6.46, Oberndorf-N 7.07, Rottweil 7.40, Spaichingen an 7.58, Spaichingen ab 19.30, Rottweil 19.49, Oberndorf-N 20.24, Sulz 20.29, Horb 21.00, Bad Niedernau 21.27, Rottenburg-N 21.35, Tübingen Hbf. 21.49, Reutlingen Hbf. 22.10, Metzlingen an 22.22 Uhr.

Landwirtschaft ist nicht unrentabel

Sigmaringen. Die Landwirtschaft müsse es ablehnen, an den Investitionskosten für Kohle und Eisen mitzuhelfen, wenn sie nicht ebenfalls mit ausreichenden Mitteln versehen werde, erklärte der Präsident des Landesbauernverbandes, Bernhard Bauknecht (Ravensburg) auf einer Bauernkundgebung in Trochtelfingen. Wenn die Bauern, so sagte er, gegenüber einer vernünftigen Flurbereinigung aufgeschlossener wären, ließen sich wesentliche agrarpolitische Fortschritte erzielen. Bauknecht bezeichnete das Gerede von der Unrentabilität der Landwirtschaft als „dummes Geschwätz“ und erklärte, wenn der Landwirtschaft entscheidend geholfen werde, würde der Erfolg es bald widerlegen.

Hundausstellung in Waldsee

Waldsee. Der Landesverband für das Hundewesen veranstaltet am 12. August in Waldsee seine letzte diesjährige Veranstaltung. Dabei wird zum erstenmal nach 11jähriger Pause in Deutschland wieder das CACIB (Internationales Schönheits-Schampionat) verliehen.

Kurze Umschau im Lande

Bei der diesjährigen Reifeprüfung in Württemberg-Hohenzollern haben von 550 Teilnehmern 519 die Prüfung bestanden.

In den kleinen Grenzverkehr mit Österreich einbezogen werden in Kürze der Kreis Tettnang sowie die badischen Kreise Konstanz, Stockach und Überlingen.

Der VdK-Landesverband Württemberg-Hohenzollern ist von der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrats als mildtätige Einrichtung anerkannt worden.

Noch 82 arbeitslose Heimkehrer wurden anfangs dieses Monats bei den Arbeitältern Württemberg-Hohenzollern gezählt, gegenüber 100 Anfang Juni, 113 Anfang Mai und 139 Anfang April. Die jetzt noch Arbeitslosen sind fast ausnahmsweise körperlich stark behinderte Heimkehrer, die teilweise schon wiederholt in Arbeit standen.

In das Ausland reisten auf Grund von Arbeitsverträgen 46 Arbeitnehmer aus Württemberg-Hohenzollern. U. a. gingen in die Schweiz 25, nach USA 9, nach Kanada 5, nach Großbritannien 2.

Stuttgart. Im württembergisch-badischen Landtag ist am Mittwoch eine Bronzebüste des von den Nationalsozialisten hingerichteten ehemaligen württembergischen Staatspräsidenten Dr. Eugen Bolz feierlich enthüllt worden. Die Büste wurde geschaffen von dem Bildhauer Prof. Fritz von Grävenitz.

Landtagspräsident Wilhelm Keil bezeichnete die Feierstunde als die Erfüllung einer Ehrenpflicht des württembergisch-badischen Landtags gegenüber einem Manne, der sein Leben für die Freiheit geopfert habe. Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier betonte, die Auffassungen des ehemaligen württembergischen Staatspräsidenten über das Verhältnis zwischen „Reich und Ländern“ seien heute noch gültig. Zeitgemäß seien auch noch seine Ausführungen vom März 1930 im württembergischen Landtag. Dr. Bolz hatte damals gesagt: „Ich war in der Nachkriegszeit von jeher ein Anhänger der Vereinigung von Württemberg und Baden und bin es heute noch. Wenn uns ein solcher Schritt gelingen soll, dann ist die Voraussetzung, daß die kleinen finanziellen, konfessionellen und parteipolitischen Gesichtspunkte nicht die Oberhand gewinnen.“

Der Bundesminister für Wiederaufbau, Eberhard Wildermuth erklärte, die Büste des ehemaligen württembergischen Staatspräsidenten sei eine Mahnung dafür, „daß die Freiheit des höchsten Opfers wert ist“.

An der Feierstunde nahmen unter anderen die Tochter des ehemaligen Staatspräsidenten, Frau Rupp-Bolz, Altlandesbischof D. Theophil Wurm, der amerikanische Landeskommissar für Württemberg-Baden, Charles P. Gross, Kultusminister Dr. Albert Sauer, Tübingen, und der Landtagspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Karl Gengler, teil.

Gedenkfeier für Dr. Eugen Bolz

Dem Manne zu Ehren, der sein Leben für die Freiheit geopfert hat

Europa kein Zaubermittel

Bundestagspräsident Ehlers erläutert Probleme einer europäischen Kultureinheit

Tübingen (Elg. Bericht). Innerhalb der Vortragsreihe „Die deutsche Einheit in der Einheit Europas“ sprach Bundestagspräsident Dr. Ehlers am Dienstagabend im Festsaal der Tübinger Universität, Ehlers, im christlichen Denken wurzelt, schnitt besonders Probleme der europäischen Kultureinheit an. Er warnte davor, in dem Begriff Europa ein Zaubermittel für den Fall zu sehen, daß man nicht mehr weiter wisse. Für uns Deutsche sei es wesentlich, jedem arroganten Nationalismus den Rücken zu kehren und die Annäherung zu erkennen, die in dem Wort vom deutschen Wesen, an dem die Welt gemessen sollte, lag.

Die Chance des Neuanfangs liege für uns in der „Gnade des Nullpunktes“, nachdem die Resentiments bei den anderen Völkern weithin abgeklingen seien. Nicht möglich sei eine Einbeziehung Deutschlands in die europäische Kulturgemeinschaft im Sinne einer Restauration. Gerade hier wirke sich die politische Bedrohung von Osten aus, wobei die „deutsche Einheit als unaufgebbarer Bestandteil unseres politischen Denkens und Handelns“ im Vordergrund stehe. Hier gäbe es kein Entweder-Oder, da es um 18 Millionen Menschen gehe. Die Bedrohung aus dem Osten dürfe nicht zu eng gefaßt werden. Sie sei nicht nur eine politische, sondern vor allem auch eine kulturelle. Der vom Marxismus ausgehende optimistische Wissenschaftsglaube töte jede echte Kultur. Gleichzeitig sei aber der Sendungsglauben der Träger des Stalinismus und Leninismus so stark, daß man ihm nicht wie einem naiven Kinderglauben entgegenzutreten könne.

Was die Position Westeuropas, besonders Schwäche, sei das Unterlegenheitsgefühl gegenüber Amerika, wie die Befürchtung, nur noch eine kümmerliche Halbinsel Asiens zu sein. Anerkannt werden müsse, daß der bisherige Wiederaufbau Europas ohne die Hilfe der Vereinigten Staaten nicht möglich gewesen wäre.

Als falschen Glauben bezeichnete es Ehlers, anzunehmen, der kulturelle Fonds des Abendlandes sei unerschöpflich. Die Kultureinheit, um die es ginge, müsse wirtschaftlich und politisch unterbaut werden. Man könne nicht von Europa reden, wenn man den Unterbau (Schumanplan u. a.) ablehne. Daher seien wir gehalten, am Konkreten mitzuwirken. Es müsse alles getan werden, um Lebensformen zu schaffen, die zu Verteidigung sich lohne. Anders gesagt: die Verteidigung Europas müsse gerechtfertigt sein, was sich aber nicht etwa auf die Verteidigung mit Waffen beschränken dürfe. Der lebendige Mensch müsse die Grundlage aller Bemühungen sein. Ein verklartes Volk sei zu kulturellen Außerungen nicht mehr fähig. Daher gehe es zuerst um den Menschen, seine Freiheit, zu denken, zu glauben und zu handeln, und damit um den europäischen Menschen, der allein die europäische Kultur erhalten könne.

Drei sogenannte „Finalebomben“ wurden aus einem Schuppen am Ebnisee bei Backnang entwendet. Das Abbrennen dieser mit einem Totenkopf gekennzeichneten Feuerwerkskörper ist für den Unkundigen mit erheblichen Gefahren verbunden. Die Landespolizei erläßt daher Warnung.

Am Uracher Wasserfall tödlich abgestürzt ist vor den Augen ihrer Mitschülerinnen ein elfjähriges Mädchen aus Göppingen-Holzheim. Beim Absprung von der Schranke, auf der sie gesessen hatte, glitt sie aus und fiel in die Tiefe.

Am gelbroten Bande zu tragende Plaketten mit dem badischen Wappen, die bei besonderen Anlässen getragen werden sollen, überreichte Staatspräsident Leo Wohleb den südbadischen Landräten.

Auch das wurde berichtet

In Villingen bei Mühlacker hat ein Hund die Mutterstelle für einige junge Küken angenommen. Der Hund betreut die kleinen gelben Wollbällchen fürsorglich und holt auch Ausreißer behutsam mit der Schnauze zu den übrigen zurück. Das sonderbare Familienleben lockt in dem Ort viele Neugierige an.

Den Besatzungssoldaten war bisher das Betreten einiger Heidelberger Straßen, die als „Veronika-Straßen“ bekannt waren, verboten. Presse und Öffentlichkeit haben sich entschieden gegen diese Diffamierung ganzer Straßen gewandt. So entschlossen sich die amerikanischen Dienststellen jetzt, die Verbotsschilder zu entfernen und sie nur noch an bestimmten Häusern anzubringen. Ein solches „Off-Limit“-Schild ist nun auch an dem Haus angebracht worden, in dem sich das Heidelberger Hauptquartier der Heilmarmee befindet.

von jeher ein Anhänger der Vereinigung von Württemberg und Baden und bin es heute noch. Wenn uns ein solcher Schritt gelingen soll, dann ist die Voraussetzung, daß die kleinen finanziellen, konfessionellen und parteipolitischen Gesichtspunkte nicht die Oberhand gewinnen.“

Der Bundesminister für Wiederaufbau, Eberhard Wildermuth erklärte, die Büste des ehemaligen württembergischen Staatspräsidenten sei eine Mahnung dafür, „daß die Freiheit des höchsten Opfers wert ist“.

An der Feierstunde nahmen unter anderen die Tochter des ehemaligen Staatspräsidenten, Frau Rupp-Bolz, Altlandesbischof D. Theophil Wurm, der amerikanische Landeskommissar für Württemberg-Baden, Charles P. Gross, Kultusminister Dr. Albert Sauer, Tübingen, und der Landtagspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Karl Gengler, teil.

ziehung Deutschlands in die europäische Kulturgemeinschaft im Sinne einer Restauration. Gerade hier wirke sich die politische Bedrohung von Osten aus, wobei die „deutsche Einheit als unaufgebbarer Bestandteil unseres politischen Denkens und Handelns“ im Vordergrund stehe. Hier gäbe es kein Entweder-Oder, da es um 18 Millionen Menschen gehe. Die Bedrohung aus dem Osten dürfe nicht zu eng gefaßt werden. Sie sei nicht nur eine politische, sondern vor allem auch eine kulturelle. Der vom Marxismus ausgehende optimistische Wissenschaftsglaube töte jede echte Kultur. Gleichzeitig sei aber der Sendungsglauben der Träger des Stalinismus und Leninismus so stark, daß man ihm nicht wie einem naiven Kinderglauben entgegenzutreten könne.

Was die Position Westeuropas, besonders Schwäche, sei das Unterlegenheitsgefühl gegenüber Amerika, wie die Befürchtung, nur noch eine kümmerliche Halbinsel Asiens zu sein. Anerkannt werden müsse, daß der bisherige Wiederaufbau Europas ohne die Hilfe der Vereinigten Staaten nicht möglich gewesen wäre.

Als falschen Glauben bezeichnete es Ehlers, anzunehmen, der kulturelle Fonds des Abendlandes sei unerschöpflich. Die Kultureinheit, um die es ginge, müsse wirtschaftlich und politisch unterbaut werden. Man könne nicht von Europa reden, wenn man den Unterbau (Schumanplan u. a.) ablehne. Daher seien wir gehalten, am Konkreten mitzuwirken. Es müsse alles getan werden, um Lebensformen zu schaffen, die zu Verteidigung sich lohne. Anders gesagt: die Verteidigung Europas müsse gerechtfertigt sein, was sich aber nicht etwa auf die Verteidigung mit Waffen beschränken dürfe. Der lebendige Mensch müsse die Grundlage aller Bemühungen sein. Ein verklartes Volk sei zu kulturellen Außerungen nicht mehr fähig. Daher gehe es zuerst um den Menschen, seine Freiheit, zu denken, zu glauben und zu handeln, und damit um den europäischen Menschen, der allein die europäische Kultur erhalten könne.

Von Cramm imponiert - Buchholz wirkt steif

Urteil nach Training / Heute beginnt Europa-Finale im Davis-Kup Schweden-Deutschland

In dem kleinen schwedischen Seebad Bastad beginnt heute das Europa-Finale im Davis-Kup zwischen Schweden und Deutschland. Die schwedischen Spieler Bergelin, Nummer 1 der Europarangliste, und Davidson werden allgemein als klare Favoriten eingeschätzt. Bergelin war als einziger Europäer unter den letzten acht in Wimbledon und Davidson steht ihm im Können kaum nach. Zusammen gelten sie als das weitaus stärkste Doppel in Europa. Wenn auch die Schweden nicht mit einem weiteren 3:0-Sieg rechnen - mit diesem Ergebnis sei alle bisherigen Davisgegner ausgeschaltet - so ist man in Schweden doch sehr zuversichtlich und räumt nur dem deutschen Meister v. Cramm eine Siegeschance in seinem Einzel gegen Davidson ein. Doch, ganz gleich wie das Endergebnis von Bastad lauten wird, allein die Tatsache, daß eine deutsche Davis-Mannschaft im ersten Anlauf nach dem Kriege wieder das Zonenfinale erreicht hat, ist für unseren Tennissport ein großer und unerwarteter Erfolg. Entscheidend für den Ausgang wird auch diesmal sein, wie Altheimer v. Cramm in seinen Einzeln und zusammen mit Göpfert im Doppel abscheiden wird. Buchholz dürfte es kaum gelingen, einen Punkt für die deutsche Mannschaft zu erzielen. Im Training hat v. Cramm den Schweden mächtig imponiert, während Buchholz steif und unbeholfen wirkte.

Weimer gewinnt 5. Etappe

Auf der 5. Etappe der „Deutschland-Radrundfahrt“ von Mannheim nach Karlsruhe, der bisher leichtesten, gab es zum ersten Male keine Ausfälle. Der Stuttgarter Weimer konnte diese Etappe für sich

Mahnung an die Kraftfahrer

Tübingen. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: An der Bundesstraße 27 werden zurzeit zwischen dem Brühl-Hof und der Gemeinde Wessingen, Kreis Hechingen, Bauarbeiten durchgeführt. Zur Vermeidung einer Umleitung bleibt dabei jeweils eine Straßenhälfte benutzbar. Beobachtungen haben gezeigt, daß von vielen Kraftfahrern weder die für diese Strecke vorgeschriebene Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km noch die wechselweise Lenkung des Verkehrs in beiden Richtungen beachtet wird. Zur Vermeidung schwerer Unfälle werden die Kraftfahrer nochmals ausdrücklich auf die Einhaltung der an der Baustelle durch Schilder erkennbaren Verkehrsvorschriften hingewiesen.

Zugunsten des Roten Kreuzes

Tübingen. Das am 21.4.1951 gemeinsam von Deutschen und Französischen Rotes Kreuz veranstaltete Fest im Rittersaal des Tübinger Schlosses hat, wie wir soeben erfahren, einen Reingewinn von 17510 DM erbracht. Die Summe ist je zur Hälfte dem Deutschen und dem Französischen Rotes Kreuz zur Verfügung gestellt worden.

Aus Baden

Feuerwehrtagung auf dem Schauinsland

Freiburg. Auf dem Schauinsland bei Freiburg fand, wie erst jetzt bekannt wurde, Ende vergangener Woche eine dreitägige Fachtagung statt, an der 50 Vertreter der Feuerlöschgeräte-Industrie, namhafte Branddirektoren und Spezialisten im deutschen Normenwesen aus dem ganzen Bundesgebiet teilnahmen. Es wurde vor allem die Frage besprochen, wie das Feuerlöschwesen auf den technisch höchstmöglichen Stand gebracht und durch welche konstruktive Maßnahmen der Anschaffungspreis für Feuerlöschgeräte und Fahrzeuge gesenkt werden kann.

„Rheinblock fünf“ fertiggestellt

Mannheim. Der „Rheinblock fünf“ der Mannheimer Lagerhäuser am Rheinkanal, ein Getreide- und Stückerzeuger der Schiffahrts- und Speditionsgesellschaft „Rhenania“, ist in einer Feierstunde seiner Bestimmung übergeben worden. Der Speicher hat ein Fassungsvermögen von rund 1000 Tonnen.

Stimmuscheine im Schuhkarton

Weinheim (Bergstraße). Zwei junge Weinheimer, Angehörige der verbotenen FDJ, veranstalteten in den letzten Tagen in einem Weinheimer Städtchen eine private Volksbefragung über die „Remilitarisierung Westdeutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951“. Fünf Bürger gaben ihre Stimme ab, der sechste zeigte die FDJ-Mitglieder an und die Polizei beschlagnahmte etwa 200 unbenutzte Stimmuscheine. Auch die „Wahlurne“, ein Schuhkarton, ging den Weg allen Altpapiers.

Wie wird das Wetter?

Aussichten bis Samstagabend: Wieder 2-3 Tage beständigeres Wetter. Meist heiter oder nur leicht bewölkt und trocken. Über 20 Grad ansteigende Temperaturen.

entscheiden. Träger des „Weißen Trikots“ bleibt aber nach wie vor der Chemnitzer Schild vor den drei Belgiern im Impanis, Hendrick und Decorte.

Reitturnier als Höhepunkt

mit internationaler Besetzung vom 3. bis 5. August in Tübingen

Als Höhepunkt und Abschluß der Tübinger Großsportveranstaltungen dieses Sommers wird, nach dem „Tübinger Rundstreckenrennen“ und dem international besetzten Tennisturnier, vom 3. bis 5. August ein großes Reit- und Springturnier mit internationaler Beteiligung stattfinden. Schon auf Grund der bis jetzt eingegangenen Meldungen darf man feststellen, daß das Tübinger Turnier dem großen Reit- und Fahrturnier in Ludwigsburg ebenbürtig sein wird. Auch in der Universitätsstadt wird die deutsche Reiter- und Pferdedeile zu sehen sein. Viele bekannte und international bewährte französische Reiter werden in Tübingen starten.

Schlachtviehmarkt Stuttgart

Donnerstag, 26. Juli

Auftrieb: Rinder 49, Kälber 29, Schweine 248. Marktverlauf: Der Markt wurde an Schweinen und Kälbern langsam geräumt. An Rindern verblieb ein kleiner Ubersand. Die Preise haben sich gegenüber dem Dienstagmarkt nicht verändert.



Nichts Ernüchterndes Die nervenstärkende und blut-erneuernde Doppelherz-Kur wird ihr Frische, Schaffensfreude und blühendes Aussehen bald zurückgeben!



Automarkt Opel Super 8, in bestem Zustand, wegen Abreise ins Ausland sofort zu verkaufen. Erlangebote u. G 2715 an die Geschäftsstelle

Gelegenheitskauf Opel Olympia 50 Expert-Limous. neuwertig, erst 808 km gefahren, zu verkaufen. Angebote erbeten u. G 2708 an die Geschäftsstelle

Wir verkaufen sehr preiswert Mercedes V 170 4tör. Lim. Das Fahrzeug ist sehr gepflegt u. motor. einwandfrei Postfach 81, Tübingen

Pkw-Hanomag 4-Sitzer, gebr. Baujahr 1949, gegen bar zu verkaufen. Kullen & Co., Reutlingen

Horex Regina, wenige km gefahren, mit Preisnachlaß gegen bar zu verkaufen. Anzusehen Tübingen, Westbahnhofstr. 1

Stellenangebote

Vertreter 2. Verkauf von Textilien, Haushaltsartikeln u. Waschmaschinen gesucht. Geboten wird Fixum u. Provision. Angebote unter G 2709 an die Geschäftsstelle

Für gemischt zu eröffnende Tankstelle in Reutlingen wird erfahrener, zuverlässiger Tankwart

gesucht Wohnung vorhanden. Schriftl. Angebote mit Zeugnisabschriften, Lebenslauf, bisheriger Tätigkeit u. Nr. 12 712 an ANZEIGEN-LUZ, Reutlingen, Marktplatz 2

Tüchtige Friseurin die selbständig arbeitet, bei gut. Lohn für sofort gesucht. Zuschr. Friseursalon A. Klink, Zwielfalten (Württ.) Hauptstraße



Aktiv-Puder ist ab 75 Pfg. erhältlich. Denken Sie auch an Klosterfrau Melissenöl für Herz, Magen und Nerven in der bek. blauen Packung

„Kein Wundlaufen mehr!“

Herr A. Schmidt, Köln, schreibt: „Seitdem ich Klosterfrau Aktiv-Puder benutze, kenne ich kein Wundlaufen der Füße mehr!“ Klosterfrau Aktiv-Puder verblüffend saugfähig und geruchlos, verhilft nicht nur Wundsein aller Art, sondern auch die lästigen Folgen des Schwitzens an Körper und Füßen. Er hilft zugleich Wäsche, Kleider, Strümpfe schonen. Jetzt sollte sich jeder täglich das angenehme Gefühl vorbildlichen Gepflegtheits durch Klosterfrau Aktiv-Puder verschaffen!

3 tüchtige und zuverlässige

Schriftsetzer

möglichst ledig, für Akzidenz- und Zeitungssatz für sofort in Dauerbeschäftigung gesucht.

Volksblattdruckerei Gg. Hauser Metzingen (Württ.)

Für sofort gesucht

tüchtigen Küchenchef

1 Jungkoch oder Beiköchin 1 Büfetthilfe (Volontärin) sowie 2 Mädchen für die Küche

Angebote mit Lichtbild und Zeugnisabschriften an „Bayrischer Hof“, Stuttgart-Bad Cannstatt, Bahnhofstraße 17

Junges Mädchen

in kleinen Geschäftshaus. (Frau berufstätig) sofort gesucht Gute Behandlung u. Bezahlung zugesichert.

ERWIN WEBER sen., Getreidemühle Kirchentellinsfurt (Württ.)

Tücht., ehrliches Mädchen in Arzthaus mit hohem Lohn auf 1. September gesucht. Angebote an Dr. med. Bihl, Rottweil a. N.

Verkäufe

Sehr schönes Klavier neuwertig, zu verkaufen. Angebote erbeten unter G 2761 an die Geschäftsstelle

Druckerei

Im nordwestlichen württ. Schwarzwald, spezialisiert auf Zeitungs- Zeitschriften- und Industrieerwerbsdrucke sucht auf 1. Oktober oder früher den

Druck einer Fachzeitschrift

zu übernehmen. Die Druckerei besitzt den Ruf eines Qualitätsbetriebes

Angebote unter G 2636 an die Geschäftsstelle erbeten

In die Ferien mit



Etwas BESONDERES für die Reise, denn: Gut rasiert - gut gelaunt!

# Eine Lanze für die Sparer

Sparkassen fordern allgemeine Sparerentschädigung / Neuer Stichtag 20. Juni 1948

In Anbetracht der großen Bedeutung, die der Frage der Sparerentschädigung für die weitere Sparrätigkeit und Kapitalbildung zukommt, hat die Arbeitsgemeinschaft deutscher Sparkassen und Giroverbände und Girozentralen e. V. an die Mitglieder des Unterausschusses Altsparrer im Bundestag ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Wir schlagen deshalb vor, die Sparerentschädigung als eine besondere Entschädigungsgruppe neben der Hauptentschädigung in das Lastenausgleichsgesetz aufzunehmen.“

Wir schlagen ferner vor, bei den Sparbuchsparrern, die die größte geschlossene Gruppe von Geschädigten überhaupt darstellen und die auch durch die Anrechnung der sogenannten Kopfquote und der Festkontenstreichung die am meisten geschädigte Gruppe sind, vom Stichtag 1.1. 1940 abzugehen und statt dessen den Währungsstichtag 20. 6. 1948 festzusetzen, und sehen darin die beste Lösung, die für diese Geschädigtengruppe einfach und wohl auch sozial am gerechtesten wirkt.

Für die Wiederbelebung des Kapitalmarktes und die Stärkung der Investitionsfinanzierung, so heißt es weiter, stellt die Entschädigung der währungsgeschädigten Sparer nach unserer Auffassung das entscheidende Mittel dar, zumal dadurch das Unrecht der Festkontenstreichung und der Anrechnung der Kopfquote endlich beseitigt wird.“

80-90 Prozent gingen leer aus

Während man bisher daran gedacht hatte, die durch die Abwertung in Not geratenen Altsparrer ebenso wie die anderen Geschädigten in die „Hauptentschädigung“ einzubeziehen, ihnen also eine laufende Rente oder eine einmalige Aufbauhilfe zu gewähren, haben neuere Überlegungen

jetzt in eine andere Richtung gewiesen. Es ist festgestellt worden, daß die Guthaben von etwa 80-90 Prozent der Sparer unter die Bagatellklausel fallen würden. Etwa 25 Millionen Sparkonten, die unter 1100 Mark liegen, würden damit überhaupt unberücksichtigt bleiben. Andererseits würden die übrigen Sparer sehr hoch entschädigt werden, und zwar durchschnittlich 90 Prozent ihrer RM-Konten in DM aufgewertet erhalten.

Aufwertung von 6,5 auf 10 Prozent

Nach dem Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände soll im Lastenausgleich eine besondere Entschädigungsgruppe für Altsparrer gebildet werden, deren Konten über die bisherigen 6,5 Prozent hinaus auf 10 Prozent aufgewertet werden sollen. Während die ursprünglich geplante Einbeziehung der größeren Altsparrer in die Hauptentschädigung des Lastenausgleichs nur für etwa 10 Prozent der Altsparrer Vorteile gebracht hätte, würden nach dem Vorschlag der Sparkassen alle Altsparrer entschädigt werden. Der notwendige Aufwand wird auf 2,1 Milliarden DM geschätzt; währungsrechtlich bezeichnet man ihn als nicht bedenklich, da die aufgewerteten Gelder für längere Zeit gesperrt bleiben und nur nach und nach freigegeben würden. Die Verwaltungsarbeit würden die Sparkassen übernehmen. Auf diese Weise könnte das Unrecht der Benachteiligung der Altsparrer im Vergleich zu den Hypotheken-Gläubigern, Darlehensgläubigern und Bausparern beseitigt werden, deren Guthaben auf 10 Prozent aufgewertet sind.

Für die junge Generation

Durch den Vorschlag der Sparkassen würde auch der alte Streit darüber beendet, welches

Stichtatum für die Entschädigung der Altsparrer zu gelten hat. Nach dem bisher vorliegenden Gesetzentwurf sollte der Kontenstand vom 1. Januar 1940 gelten. Diese Festsetzung brächte aber — ganz besonders für die Jugend und die ehemaligen Wehrmachtangehörigen — eine ungerechte Benachteiligung die um so unklarer wäre, als ja gerade aus dieser Generation die künftigen Sparer kommen müssen. Außerdem fehlen auch vielfach für ein so weit zurückliegendes Datum die erforderlichen Unterlagen. Die Wahl des Stichtages 20. 6. 1948 nach dem Sparkassenvorschlag verdient daher entschieden den Vorzug.

w-t.

## Kein Zwang zur Auskunfterteilung

BADEN-BADEN. Nach Mitteilung der Arbeitsgemeinschaft der südbadischen Industrie- und Handelskammern, die ihrerseits eine entsprechende Auskunft vom Landeskommissariat für das Land Baden erhalten hat, besteht für deutsche Firmen kein Zwang, Auskunfterteilungen von Dienststellen der Besatzungsmächte zu beantworten, mit Ausnahme solcher Gebiete, die der Überwachung durch das militärische Sicherheitsamt unterworfen sind. Die Unternehmer können frei entscheiden, wie sie sich im Falle solcher Auskunfterteilungen verhalten wollen.

## Wirtschaftspegel Berufsverbot für Steuersünder

BONN. Im Bundesfinanzministerium wird zurzeit ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der es der Finanzverwaltung erleichtern soll, Berufsverbote gegen Steuersünder auszusprechen. Das Bundeskabinett wird sich in Kürze mit diesem Plan befassen.

Nach der Absicht des Bundesfinanzministeriums sollen die Oberfinanzdirektionen in Zukunft in der Lage sein, Berufsverbote zu verhängen, wenn gerichtlich festgestellt worden ist, daß Steuern hinterzogen oder Geschäftsunterlagen bewußt mit dem Ziel gefälscht wurden, Steuern zu hinterziehen. Das Berufsverbot soll nicht nur gegen selbständige Gewerbetreibende, sondern auch gegen deren Angestellte ausgesprochen werden können.

BONN. — Einengung der Reisespesen gefordert. Vertreter der Bundesländer haben das Bundesfinanzministerium aufgefordert, neben den Bewirtungsspesen auch die Reise- und Aufwendungen der Kaufleute in ihrer steuerlichen Begünstigung einzuschränken. Während die Finanzminister der Spesenordnung zustimmen, wurden sie von den Länderwirtschaftsministern abgelehnt. Ihre Bedenken richten sich vor allem gegen die festgesetzte Höchstgrenze von 10 DM für die Bewirtung von Ausländern. Daneben wurden die vom Bundesfinanzminister gestellten Anforderungen an die Belege als praktisch nicht erfüllbar kritisiert. Der Bundesrat will sich heute erneut mit der Verordnung befassen.

TÜBINGEN. — Keine Steuerbegünstigung für Mehrarbeitslohn mehr. Die Arbeitgeber müssen den Mehrarbeitslohn seit dem 30. Juni wieder mit dem Normalarbeitslohn zusammenrechnen und die Lohnsteuer von dem zusammengerechneten Arbeitslohn nach der für den jeweiligen Lohnzahlungszeitraum in Betracht kommenden Lohnsteuertabelle einbehalten. Die Oberfinanzdirektion in Tübingen, die auf diese Änderung hinweist, teilt außerdem mit, daß die gesetzlichen oder tariflichen Zuschläge für Mehrarbeit wie für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit wie bisher steuerfrei bleiben, wenn der Arbeitslohn

ohne diese Zuschläge insgesamt 7200 DM im Kalenderjahr nicht übersteigt.

BONN. — Teuerungszulage an die Empfänger von Arbeitslosenunterstützung gefordert. Die Arbeits- und Sozialminister der Bundesländer haben in ihrer letzten Sitzung erneut ihre Forderung unterstrichen, die Teuerungszulage von drei DM auch an die Empfänger von Arbeitslosenunterstützung zu zahlen. Die Minister wollen in der nächsten Bundesratsitzung einen Initiativgesetzentwurf einbringen, der ihre Wünsche berücksichtigt. Sie wünschen auch, daß die Einkommenshöchstgrenze, über die hinaus eine Teuerungszulage nicht gewährt werden soll, für die Empfänger von Renten nach dem Bundesversorgungsgesetz nicht gilt.

DÜSSELDORF. — DAG gegen IG-Entscheidung. Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft hält die Entflechtung des früheren IG-Farbenkomplexes für überflüssig und schädlich. Weder juristisch noch praktisch sei die in Deutschland vorgeschlagene Zersplitterung beispielsweise in USA in einem ähnlichen Vorgehen verankert.

MAINZ. — Schleppende Häuteauktion. Die 27. südwestdeutsche Häuteauktion, auf der am Dienstag in Mainz das bessische und rheinlandpfälzische Gefelle versteigert wurde, stand im Zeichen einer unheilvollen Tendenz infolge geringer Kaufkraft. Insgesamt brachte die Auktion einen Preisabschlag von zirka 10 Prozent.

BONN. — Zahlreiche Verstöße gegen Metallrichtpreise. Im Bundesgebiet sind zahlreiche Preisverstöße gegen den Erlaß des Bundeswirtschaftsministeriums über Richtwerte für Alt- und Umschmelzmetallpreise, der die Wiederherstellung gesunder Preisrelationen auf dem inländischen Metallmarkt anstrebt, aufgedeckt worden. Teils das Bundeswirtschaftsministerium mit, den Staatsanwaltschaften liegen Anzeigen über größere Richtpreisüberschreitungen vor, bei denen Geldstrafen bis zu 100 000 DM, Gefängnis und Zuchthausstrafen ausgesprochen werden können. In zahlreichen Fällen sind von den Preisüberwachungsbehörden bereits Geldbußen bis zu 20 000 DM verhängt worden.

## Landwirtschaft Dieselkraftstoff unzureichend verbilligt

BONN. Die unzureichende Subventionierung des Dieselkraftstoffpreises für die Landwirtschaft wird vom Informationsdienst des deutschen Bauernverbandes kritisiert. Der Bundesfinanzminister behalte von den 40 Millionen DM, die er zur Verbilligung der Abgabe von Dieselkraftstoff an die Landwirtschaft ausgeben wollte, denjenigen Betrag ein, der zur Finanzierung der Frühfruchtprämie erforderlich ist.

„Praktisch bedeutet das“, so wird erklärt, „daß die etwa 150 000 landwirtschaftlichen Dieselkraftstoffverbraucher die Frühfruchtprämie bezahlen.“ Der Bauer werde es sich in Zukunft überlegen müssen, ob er den Parolen für die Mechanisierung und Intensivierung der Landwirtschaft folge oder gezwungenermaßen extensiver wirtschaftet.

BÜHL. — Marktordnung für Obst und Gemüse. Auf Veranlassung von Bürgermeister Dr. Kist willien als Vertreter des Bundesernährungsministers Gartenbaureferent Klotzsch und Ministerialrat Stalman, Referent für Grundsatzfragen im Außenhandel, in Bühl, um mit den mittelbadischen Obstbauachverständigen Wege für die Absatzförderung des mittelbadischen Obstes zu finden. Dabei gab Ministerialrat Stalman bekannt, daß im gesamten Bundesgebiet eine Marktordnung für Obst und Gemüse eingeführt werde.

SIGMARINGEN. — Keine Einigung über Landarbeiterlöhne. Die Lohnverhandlungen zwischen den landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbänden der Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden und der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, die am vergangenen Mittwoch stattfanden, sind ergebnislos verlaufen. Die Gewerkschaft hatte die im

April in Sigmaringen beschlossenen Tarife vorsorglich gekündigt und eine Angleichung der Landarbeiterlöhne an die Löhne der Industriearbeiter gefordert. Die Arbeitgeberverbände anerkannten diese Forderung zwar grundsätzlich, sahen sich aber außerstande, ihnen zuzustimmen, ehe nicht die Einnahmen der Landwirtschaft aus der bevorstehenden Ernte zu überschauen seien. Die Gewerkschaftsvertreter anerkannten diese Begründung nicht. Es wurde daraufhin vereinbart, einen Tarifschiedsausschuß einzusetzen, dem unter Vorsitz einer neutralen Person je drei Vertreter der Gewerkschaft und der landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände angehören werden. Der Schiedsausschuß soll bereits in der kommenden Woche zusammentreten.

## Werden die Kleider billiger oder teurer?

Produktionseinschränkungen durch Rohstoff-, Kohle- und Kapitalmangel / Wolle durchschnittlich 14mal teurer als 1938/39

Jk. Der Präsident des Bundesverbandes der Bekleidungsindustrie, Dr. Kurt Becker, wandte sich im Anschluß an eine Präsidialsitzung dieses Verbandes in Mannheim mit Worten des Vorwurfs an die Regierung. Wenn in „amtlichen Prognosen“ immer wieder fallende Preise in Aussicht gestellt würden, so verlasse der Staat die ihm in der Marktwirtschaft zukommende Neutralität. Die Kaufkraft der Konsumenten werde zu Arbeitslosigkeit, und später zu Preiserhöhungen führen. Die Umsätze in der Bekleidungsindustrie seien laufend weiter zurückgegangen, der Auftragsbestand sei minimal. Die Industrie sei nicht in der Lage, auf Vorrat zu arbeiten, um der spätestens im Herbst zu erwartenden aufgestauten Kaufkraft mit einem ausreichenden Warenangebot begegnen zu können.

Dem Verbraucher zur Mahnung

Diese Worte der Mahnung sollten auch vom Verbraucher nicht überhört werden. Wir haben unsererseits schon vor einer Woche — Nr. 110 vom 18. Juli — mit einem Beitrag „Textilumsätze auf äußerstem Tiefstand“ zu dieser Frage Stellung genommen und glaubten dabei auch, voraussetzen zu dürfen, daß die relative Stabilität oder gar rückläufige Tendenz der Textilpreise in absehbarer Zeit einer umgekehrten Entwicklungsrichtung Platz machen werde. Zwar ist der Index für die Bekleidungskosten der zu statistischen Zwecken angenommenen vierköpfigen Arbeitnehmerfamilie nach einer längeren Periode steigender Preise von Mitte Mai bis

Mitte Juni erstmalig zurückgegangen. Aber einmal beträgt dieser Rückgang nur 0,2 Prozent, und zum ändern werden auch hier die Notverkäufe eine gewisse Rolle spielen, bei denen es ja tatsächlich zu größeren Preisnachlässen, ja zu ausgesprochenen Schleuderpreisen gekommen ist.

Einengung der Produktion

Diese Gewinne indessen sind für den Verbraucher, im Rahmen der wirtschaftlichen Gesamtsituation betrachtet, nur Augenblicksgewinne, denen kurze Zeit später entsprechende wenn nicht höhere Verluste folgen müssen. Die Produktion beispielsweise von Textilwaren erfährt im Augenblick von zwei Seiten her eine allmählich stark fühlbar werdende Einschränkung. Einmal verhindert die Unsicherheit der kommenden Absatzentwicklung und der Mangel an flüssigen Mitteln den Handel daran, für das Herbst- und Wintergeschäft so zu disponieren, wie er es eigentlich müßte. Zum ändern führt auch der Mangel an Kohle und gewissen Rohstoffen zu einer an sich schon höchst bedauerlichen Einengung der Produktion. Es liegt auf der Hand, daß die augenblickliche Kaufzurückhaltung einer erneuten Kaufwelle Platz machen muß, wenn sich die eingekaufte Produktion mit Knappheitserscheinungen und Preiserhöhungen bemerkbar macht.

Eine unbequeme Wahrheit

Abgesehen vom normalen Sommerschlußverkauf, der hier außer Diskussion stehen soll, kann

man es dem Handel auch nicht verübeln, wenn er die jetzt erlittenen Verluste im kommenden Geschäft wenigstens zum Teil wieder hereinzuholen trachtet. Das mag eine unbedeutsame Wahrheit sein, aber die Erfahrung hat gelehrt, daß mit ihr zu rechnen ist. Bei Rückkehr zu einer normalen, korrekten Kalkulation ist die Berücksichtigung der augenblicklichen Ausfälle sowie der sich erst jetzt im Endprodukt nach und nach voll auswirkenden Rohstoffverteuerungen unvermeidlich. Unsere Mittwochausgabe enthält im Wirtschaftsteil eine kurze Notiz über die Wollpreise. Aus ihr geht hervor, daß die Wolle, selbst unter Berücksichtigung der seit April stattgehabten wiederholten Preisrückgänge, einen Jahresdurchschnittspreis erzielt hat, der nahezu vierzehnfach so hoch ist als in der Wollsaison 1938/39. Daß von diesen Preiserhöhungen in unseren Fertigwarenpreisen für Bekleidungsgegenstände bisher nur ein Bruchteil zum Ausdruck kommt, steht außer jedem Zweifel.

Die Preise werden wieder steigen

Der Verbraucher hat gegenwärtig eine fast einmalige Gelegenheit, zu einigermaßen erträglichen Preisen zu kaufen. Auch wenn der Koreaschrieg beendet wird; die Rüstungsanstrengungen der westlichen Welt und damit auch die Beanspruchung der Rohstoffmärkte werden weitergehen. Alle Anzeichen sprechen also dafür, daß die Preise für Bekleidungsgegenstände nach einer kurzen, verhältnismäßig flachen Absenkung ihrer Kurve wieder steigen werden.

## Landesproduktenbörse Stuttgart

vom 24. Juli

Bowohl in Brot- als auch in Futtermittel finden keine Umsätze statt, da aus alter Ernte keine neuwertigen Bestände mehr vorhanden sind und neue Ware noch nicht am Markt ist.

Das Rapsgeschäft hat immer noch keine Belebung erfahren, da die Erzeuger zu den augenblicklich erzielbaren Preisen nicht abgeben wollen.

Mehl: Die etwas freundlichere Tendenz in Mehl hält an und Abrufe erfolgen laufend.

In Mühlennachprodukten ist das Geschäft wegen geringem Angebot nach wie vor sehr klein. Besonders Weizenkleie ist gesucht.

Frühkartoffeln sind wieder stark angeboten bei weiter ermäßigten Preisen. Die Nachfrage ist zurzeit unbedeutend. Es werden notiert: 12,75, 13,25 DM je 200 kg lose oder in Leihlacken Großhandelsabgabepreis wagonfrei Stuttgart.

## Aus der christlichen Welt

### „Bruderschaft aller Menschen“

Mehr als 50 führende Geistliche und Leiter religiöser Körperschaften aus zahlreichen Ländern Europas, Kanada und den Vereinigten Staaten trafen sich dieser Tage auf Einladung des interkonfessionellen Versöhnungswerkes der World Brotherhood in Hattenheim (Rhein), um unter dem Motto „Brüderlichkeit in der Unterschiedlichkeit des Glaubens“ Brücken des Geistes und der helfenden Liebe zwischen Menschen verschiedener Rassen und verschiedenen Glaubens zu schlagen. Im Namen des deutschen Zweiges begrüßte der Chefredakteur der „Herder-Korrespondenz“, Karlheinz Schmidhals (Freiburg), die Teilnehmer. Der Präsident des Internationalen Rates der Christen und Juden, Eyeret R. Clinchy (New York), betonte, man sei zu einem brüderlichen Gespräch zusammengelassen, damit nicht Unfriede die Menschheit zerreißt und nicht Mißverständnisse und Intoleranz die Völker vergiften.

Der evangelische Bischof von Luxemburg, Housse, bezeichnete es bereits als einen Erfolg dieser Bemühungen, wenn einmal Deutsche und Franzosen, Protestanten und Katholiken und Mönche der verschiedensten Auffassungen für mehrere Tage eine Tischgemeinschaft bilden. Zum Thema „Christliche und jüdische Brüderlichkeit in der Vergangenheit“ sprachen der Chef der jüdischen amerikanischen Feldgeistlichen, Henry Tavel, der katholische Professor Jean Daniélou (Paris) und von protestantischer Seite Professor Dr. Günther Harder (Berlin). Sie stellten als wichtigste Forderung für eine Neuordnung des Zusammenlebens die Barmherzigkeit heraus und kennzeichneten als größte Gefahr für ein friedliches Nebeneinander der Menschen den Glaubenszerfall unserer Tage.

Zu dem zweiten Thema des Kongresses, „Die Tragödie der Feindschaft“ sprachen die Professoren Neuß (Bonn) und Wolf (Göttingen) sowie André Zaoui (Paris). Sie zielten, zu welcher schweren Verlusten auf allen Lebensstadien jede Form der Unduldsamkeit für die Beteiligten führe. Die Konferenz war von der einmütigen Überzeugung getragen, daß jede Form von In-

toleranz und Feindschaft und alle nationalen, russischen und religiösen Vorurteile, die das Zusammenleben der Menschen vergiften, überwunden werden müßten.

### Macht endlich reinen Tisch!

Die Studiengruppen der Europäischen Laienkonferenz in Bad Boll befaßten sich am Mittwoch mit der Verantwortung der im öffentlichen Leben stehenden Christen gegenüber dem unchristlichen Nationalismus und Chauvinismus, der in Europa wieder aufstehe und das größte Hindernis einer europäischen Einigung darstelle.

In einer Plenarsitzung zu diesem Thema appellierte der württembergische Allandesbischof Dr. Theophil Wurm an die Konferenzteilnehmer, auf ihre Regierungen einzuwirken, damit endlich in Europa reinen Tisch gemacht und die schmerzlichen Überreste des zweiten Weltkrieges beseitigt würden. Auch in der Politik gebe es den biblischen Ruf nach Gerechtigkeit. Wenn dieser notwendige Schlußstrich einmal gezogen sei, werde der Weg zu einer Vereinigung Europas wesentlich leichter sein. Die Christen, die als erste nach diesem Kriege sich über die Grenzen hinweg die Hände gereicht hätten, seien auch beauftragt, dieses Werk der Versöhnung vorwärts zu treiben.

### Kirche ohne Männer?

Auf einer Evangelischen Woche in Detmold befaßte man sich in aller Offenheit mit der Tatsache, daß die Kirche heute eine „Kirche ohne Männer“ geworden sei. Der tiefste Grund hierfür sei die Glaubens- und Gebetsnot, die Gemeinschaftslosigkeit und ein falsches Gemeindeverständnis. Die Gemeinde sei kein Verein zur Befriedigung religiöser Bedürfnisse, sondern der Leib Christi, an dem jedes Glied seine ganz bestimmte Funktion auszuüben habe. — Viele Männer, so wurde weiterhin betont, hätten heute Angst vor der Verantwortung und eine Scheu vor dem Bekenntnis zu Christus selbst im Familienkreise. Der Mann sei im irdischen Beruf weithin Spezialist und mündig, habe aber für Gott keine Zeit mehr und verhalte sich der Bibel gegenüber hilflos wie ein unmündiges Kind. Auf der anderen Seite stelle die Kirche auch

keine Forderungen an den Mann und dränge ihn in die Passivität des reinen Zuhörers. Der Mann müsse jedoch Aufträge bekommen, die seiner als Christ und Teilhaber an der Gnade Gottes auch würdig seien.

### Freiheit und Autorität

In einem Schreiben an den päpstlichen Legaten beim Interamerikanischen katholischen Erzieherkongreß in Rio de Janeiro, Kardinal de Barros Camara, erklärte Papst Pius XII.: Die Kirche sei stets den Fortschritten der Wissenschaft gegenüber aufgeschlossen, aber im Geiste des Evangeliums gebunden. In einer Epoche der Verherrlichung der Freiheit dürfe der katholische Erzieher keine Furcht zeigen, wenn es gelte, den Begriff der Freiheit der dem Schöpfer gebührenden Autorität unterzuordnen. Angesichts der Krise der Autorität bedürfe es einer Organisation in den katholischen Lehranstalten, in der die Schüler ihrer persönlichen Verantwortlichkeit nachkommen und zugleich die Notwendigkeit der Unterordnung unter eine leitende Autorität im Interesse des Gemeinwohls erkennen. Die katholischen Lehrer dürften sich dabei nicht von modernen Theorien bestechen lassen, die vom Materialismus angekränkt seien. „Was wir an den modernen Schulen bewundern“, so schließt das päpstliche Schreiben, „ist das, was sie von der christlichen Tradition kopiert haben.“

### DJK will keinen Sport im Getto

HAGEN. In einer Ansprache beim Dekanats-sportfest der katholischen Jugend in Hagen erklärte der Generalpräses des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, Prälat Ludwig Wolker, jeder Sport, den die katholische Jugend pflege, stehe unter der Flagge der Deutschen Jugendkraft (DJK), die vor ihrer Auflösung im Jahre 1933 über 400 000 Mitglieder gezählt habe. Die DJK wolle keineswegs eine „Spaltung“ in die Gemeinschaft der deutschen Sports hineinbringen. Sie lehne aber jede Monopolstellung einzelner Verbände ab. Die katholischen Gemeinschaften wollten keinen Sport im Getto betreiben, sondern in enger Zusammenarbeit mit den anderen.

### Ostdeutsches Kirchenliederbuch

PADERBORN. Für die im St. Hedwigswerk vereinigten katholischen Heimatvertriebenen ist für den Gebrauch bei Heimatandachten ein „Ostdeutsches Kirchenliederbuch“ erschienen, zu dem Erzbischof Dr. Lorenz Jäger von Paderborn ein Geleitwort schrieb. Jeder katholische Heimatvertriebene, so heißt es darin, müsse die Pflege des religiösen Kulturgutes der Heimat als Verpflichtung betrachten. Das Vätererbe des kirchlichen Brauchtums stelle für die Heimatvertriebenen eine reiche Kraftquelle inmitten einer glaubenslos gewordenen Welt dar.

STUTTGART. Am kommenden Sonntag wird in den evangelischen Kirchen des Schicksals des jüdischen Volkes gedacht. In der Stuttgarter Markuskirche spricht am Sonntagabend der Vizepräsident der „Internationalen Juden-christlichen Allianz“ Lic. Ellison, London, über „Christ und Jude in Israel“.

ETTAL. Zum neuen Abt der Benediktinerabtei Ettal wählte der Konvent den bisherigen Prior des Klosters Scheyern, P. Dr. phil. Johannes Evangelist Höck. Als Prior von Scheyern war Höck zugleich Novizenmeister und Direktor des byzantinischen Instituts.

ALTÖTTING. Bayerns volkstümlichster Wallfahrtsort Altötting begeht vom 29. Juli bis 6. August das Jubiläum seines 1200jährigen Bestehens, nachdem die bereits 1948 fällige Jubiläumssfeier wegen der damals herrschenden Typhusepidemie verschoben werden mußte.

TRIER. Das diesjährige Deutschlandtreffen der katholischen Jungen-Mannschaft findet vom 29. Juli bis 5. August in Trier statt. Es wird mit einem Vortrag von P. Manfred Hörhammer, München, über „Unsere Not in der Kirche“ eröffnet.

WARSCHAU. Zum Bischof-Koadjutor für das Erzbistum Gnesen wurde der Salesianerpater Anton Baraniak, der Sekretär des polnischen Primas und Erzbischofs von Warschau und Gnesen, Mgr. Wyszynski, ernannt. Der neue Koadjutor hatte Erzbischof Wyszyński am 1. Juli auf seiner Reise...

# Der Mittlere Osten schwimmt auf einem „Meer aus Öl“

Westeuropa braucht sich keine Sorgen zu machen — Milliarden von Tonnen liegen noch unter dem Wüstensand

Die Wirtschaftsexperten in aller Welt fragen sich mit Recht, inwieweit ein eventueller Ausfall der persischen Ölfelder und der Raffinerien von Abadan sich auf die Industrien des westlichen Europas auswirken wird. Ist ein Zusammenbruch der Wirtschaft zu befürchten oder sind noch genügend andere Ölquellen aus den reichen, schier unerschöpflichen Schätzen unter dem Wüstensand des Mittleren Ostens vorhanden? Nach der neuesten Übersicht, die von Fachleuten kürzlich in den führenden Zeitungen der Weltpresse gegeben wurde, darf man diese Frage mit Ja beantworten. Westeuropa braucht sich keine Sorgen über den Verlust des iranischen Öls zu machen, wenn es einmal wirklich soweit kommen sollte, daß die Tankerflotten von Abadan in anderer Richtung fahren.

Die europäische Wirtschaft bezieht fünfzig Prozent ihrer Kraft- und Treibstoffe aus dem Mittleren Osten und verdankt ihre verhältnismäßig schnelle Erholung von den Schäden des Krieges der erhöhten Produktion, die nach 1945 in den Gebieten der arabischen Länder und Persiens einsetzte. Aber sie kann auch ohne das Öl Persiens existieren, da allein in den übrigen Ländern rund um den persischen Golf das Erdölvorkommen auf etwa 5,3 Milliarden Tonnen geschätzt wird, von denen heute, trotz gewaltiger Produktionszahlen, nur ein kleiner Teil sozusagen „angekratzt“ ist. Wenn die augenblickliche Ölgewinnung nur um dreißig Prozent erhöht wird, macht sie einen möglichen Ausfall Persiens wett.

Die internationalen mächtigen Ölkonglomerate in Saudi-Arabien, Irak und Kuwait, diesem geheimnisvollen Fürstentum mit den reichsten Öllagern der Welt, haben bisher die Produktion bewußt in bestimmten Grenzen gehalten, um den Weltmarktpreis zu stützen. Sie brauchen ihre Maßnahmen zur Drossel-

den, das zur Zeit die größten Raffinerien der Welt auf einem Platz vereint, ist keineswegs der einzige Ort im Mittleren Osten, von dem die Wirtschaft Westeuropas abhängig ist. Der alte Kontinent hat zwanzig Prozent der Gelder aus der Marshall-Plan-Hilfe im Bau von eigenen, umfangreichen Raffinerien angelegt, die mit ihrer hohen Kapazität jederzeit in der Lage sind, die anfallenden Mengen Rohöls auf den Reservoiren des Mittleren Ostens zu verarbeiten.

Während der Streit der Meinungen um das persische Öl immer höhere Wogen schlägt, sind die arabischen Länder eifrig dabei, ihre Stellung gegenüber den Ölgesellschaften zu stärken. Sie haben nicht die Absicht, auch nun ihrerseits mit Maßnahmen zur Verstaatlichung zu beginnen, doch üben sie einen wirksamen finanziellen Druck auf ihre Geschäftspartner aus. König Ibn Saud, der unumschränkte Herrscher Saudi-Arabiens, schloß kürzlich einen Vertrag mit der Arabisch-Amerikanischen Ölgesellschaft, der ihm sein bisheriges Einkommen von jährlich 60 Millionen Dollar auf 95 Millionen erhöht. Seine wirtschaftliche und politische Macht steigt im gleichen Verhältnis wie die Millionen in seinen Tresoren.

Die Vertreter Iraks unterzeichneten in Bagdad und London Staatsverträge, die das Land mit einer Summe von 50 Millionen Dollar jährlich an der Ausbeutung seiner Ölquellen beteiligt, die ein reiner Gewinn für die Staatskassen sind.

Die Regierungen der arabischen Staaten sehen in der augenblicklichen Lage auf dem Ölmarkt eine gewisse Chance, mehr Einfluß auf die große Politik zu bekommen. Sie ge-

ben und nehmen, und bilden in vielen Fällen das Zünglein an der Waage im Spiel der politischen Kräfte um den so kostbaren Wüstensand und seine unterirdischen Schätze an Erdöl auf der arabischen Halbinsel.

Obwohl heute der Mittlere Osten neben den Erdölfeldern Amerikas und Rußlands eine der Hauptversorgungsquellen der Welt ist, versuchen die Großmächte immer neue Quellen zu erschließen, um sich so weit wie möglich autark in ihrer Versorgung zu machen. So entdeckte man an der Küste von Britisch-Borneo im Gebiet von Brunei 1945 reichhaltige Ölvorkommen, die heute bereits fünf Millionen Tonnen im Jahre liefern. Von den Bohrtürmen an Borneos Westküste wird das Öl in Ermangelung von Häfen durch eine mehr als drei Kilometer lange Pipe-Line in die im flachen Wasser der Küste ankernden Tanker gepumpt. Hauptverladeplatz ist die Bucht von Brunei, an deren Ufer die gewaltigen Bunker in der tropischen Sonne glühen, und die noch nicht einmal einen Hafen besitzt, um den Schiffen Schutz vor den ständig drohenden Taifunen zu geben. Man trägt sich mit Plänen, einen Petroleum-Hafen auszubaggern, die allerdings noch fern ihrer Verwirklichung sind. Die Ölfelder von Borneo sind noch lange nicht erschöpft und in ihrem ganzen Umfang erforscht. Sie könnten einmal für den Fernen Osten größte wirtschaftliche Bedeutung erlangen.

Die Welt und insbesondere der Mittlere Osten schwimmt auf einem „Meer aus Öl“, um dessen Besitz seit Jahrzehnten hinter den Kulissen heftige Kämpfe geführt werden, wie die jüngste Gegenwart wieder beweist.

## Ein symbolhaftes Haus in den Niederlanden

Die alte und die neue deutsche Botschaft im Haag, Nieuwe Parklaan 77

Von unserem Amsterdamer Korrespondenten

Das Gebäude der alten deutschen Botschaft im Haag befand sich am Lange Vijverberg No 9, in schönster Lage gegenüber der burgartigen Häusergruppe des Binnenhof und von diesem durch den von Schwänen beschwommenen Vijver (Weiher) getrennt. Es war eins der ansehnlichsten Gebäude der Stadt und für den deutschen Staat unter dem Kaiserreich erworben. Hier hatten nach dem ersten Weltkrieg der Gelehrte Dr. Rosen residiert, Übersetzer aus dem Persischen, der sich mit seinem türkischen diplomatischen Kollegen auf Arabisch zu unterhalten pflegte, hernach der lebenslustige, von Anekdoten übersprudelnde Junggeselle Baron von Lucius, schließlich der feinsinnige Musikfreund Graf Zech, der mit einer Tochter des früheren Reichskanzlers Bethmann-Hollweg verheiratet war. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde das Gebäude enteignet.

Zur Unterbringung ihres neuen diplomatischen Vertreters im Haag hat die westdeutsche Bundesregierung ein Gebäude an

dem nach Scheveningen führenden Nieuwe Parklaan 77 erworben. Es ist ein breitgelagerter villenähnlicher Bau mit freiem Ausblick auf die gegenüberliegenden Parkanlagen. Der alte Name des Hauses war Huize Huisum, und die Wetterfahne ist von einem sich lustig im Winde drehenden, rötlich bronzierten Kauffahrtschiff geschmückt.

Dieser deutsche diplomatische Amtssitz ist unter der Führung von Dr. Karl Dumont zur Botschaft erhoben worden, nachdem vorher die Niederlande ihren diplomatischen Vertreter in Bonn, Vize-Admiral J. M. de Booy, in den Stand eines Botschafters erhoben hatten. Nur wenige Schritte von Huize Huisum entfernt liegen zwei andere Gebäude, in denen bereits in voller Tätigkeit befindliche deutsche Dienststellen untergebracht sind. Die eine dieser Dienststellen ist die deutsche Palästrale, seit März das Nachfolgerinstitut des „Allied Military Permit Office“, wo die Einreisepässe nach Deutschland ausgestellt und die noch in Holland lebenden Deutschen mit neuen Pässen versehen werden. Ihre Zahl beträgt annähernd 25 000 Personen, eine verschwindend kleine Zahl im Vergleich mit den starken deutschen Kolonien in den holländischen Hauptstädten und dem Limburger Kohlenrevier vor dem Kriege.

Vor der Ernennung zum Botschafter hatte Generalkonsul Dr. Karl Dumont sein vorläufiges Hauptquartier in Amsterdam aufgeschlagen, wo die Geschäftszimmer bei dem in Amsterdam herrschenden Wohnungsmangel einigermaßen behelfsmäßig untergebracht waren. Dr. Dumont hatte gleich nach seiner Ernennung im Herbst vorigen Jahres mit seinen Mitarbeitern die Beziehungen zum niederländischen Außenamt und zu den führenden holländischen Wirtschaftskreisen, darunter auch zur holländischen Presse aufgenommen, die er sofort nach seinem Amtsantritt empfing, um ihr die Versicherung zu geben, daß er und seine Mitarbeiter der Presse stets gerne mit Auskunftserteilungen zur Verfügung stehe.

## Jersey - die glückliche Insel im Kanal

Tomaten, Kartoffeln und — Touristen machen den Reichtum des „Staates“ aus

Jersey, die größte der Kanal-Inseln, die die Vorposten Englands an Frankreichs Küste sind, ist im besten Sinne des Wortes ein Paradies des Friedens und des Wohlstandes in unserer so unfriedlichen Zeit. Im zweiten Weltkrieg war sie neben Guernsey das einzige Stück englischen Bodens, das niemals von deutschen Truppen besetzt wurde, und für ungezählte deutsche Soldaten des Heeres und der Marine ist sie eine bleibende Erinnerung an friedlich auf ihr verlebte Stunden.

Heute hat man in diesem kleinen Insel-Staat mit eigenem Parlament und eigener Gerichtsbarkeit die trüben Zeiten des Krieges vergessen und freut sich eines Wohlstandes, der in krassem Gegensatz zu dem sparsamen Leben des Mutterlandes steht. Grundlage für das Wohlergehen der Bevölkerung, die sich stolz als die Nachkommen der Normannen bezeichnet, sind drei Dinge: Frühkartoffeln, Tomaten und die Touristen. Für die Reisenden ist Jersey eine Art modernen Scharaffenlandes, wo man für billiges Geld und ohne Karten und Marken alle die Dinge kaufen kann, die man heute immer noch in England so schmerzlich vermisst und entbehrt. Wandert man einmal durch die engen, malerischen Straßen der Hauptstadt St. Helier, gerät man geradezu in Entzücken über die Fülle der Auslagen in den eleganten Schaufenstern zahlreicher prächtig ausgestatteter Geschäfte. Hier geben sich französische Charme und Chic und britische Gediegenheit ein Stelldichein.

## Am Rande notiert..

Seemacht Schweiz

Kürzlich beging man in der Schweiz das Jubiläum des zehnten Jahrestages der Gründung einer Handelsflotte, deren Schiffe ihre Fahrten im Jahre 1941 begannen. Heute hat dieses ausgesprochene Binnenland 21 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 120 000 Tonnen, die unter der Schweizer Flagge fahren. Weitere 60 000 Tonnen sind in europäischen Schiffswerften in Auftrag gegeben. Die kleine Handelsmarine stellt ein gewisses Kuriosum dar, weil ihre Schiffe keine Heimathäfen anlaufen können. Sie benutzen die großen deutschen, holländischen, italienischen und französischen Hafenstädte, um ihre Ladungen zu löschen. Das größte der Schiffe ist der 14 000 Tonnen-Tanker Neuchâtel, das kleinste der 440 Tonnen-Frachter Leman, der in den Gewässern des Mittelmeeres kreuzt.

Die Schweizer Handelsflotte wurde zu einem Kind des zweiten Weltkrieges, als die Schweiz sich von Griechenland mehrere Schiffe „ausborgte“, um unter eigener nationaler Flagge ihre lebenswichtigen Güter aus allen Teilen der Welt zu holen. Die Schweiz bemüht sich zur Zeit darum, eigene Schiffsbesatzungen heranzubilden, da bisher nur 20 Prozent aller Offiziere und Mannschaften der Handelsflotte Schweizer waren.

## Die Landschaft kommt ins Zimmer

Eine amerikanische Firma bringt als neueste Errungenschaft zur Verschönerung der Wohnung eine besondere Art von Fenster-Vorhängen heraus, auf die große Fotos von den schönsten Landschaften der Welt aufgedruckt wurden. Sie sollen die Wohnungsinhaber, aus deren Fenstern man nur auf öde Straßensichten blickt, nicht nur die Illusion verschaffen, in einer schöneren Welt zu leben, sondern sie erfüllen auch gleichzeitig den Zweck, die einzelnen Räume größer erscheinen zu lassen, wenn sie vor den Fenstern herunter gelassen sind. Die Landschaft kommt auf diese Weise billig und bequem bis in die Bienenwaben-Zimmer der nüttern Wolkenkratzer. Die Photographien zeichnen sich durch besondere Farbenfröhlichkeit aus.

## Eton-Boys als Fremdenführer

Die in der ganzen Welt bekannten Eton-Boys und Oxford-Studenten gehen trotz aller traditionellen Belastungen notgedrungen mit der Zeit. An den beiden weltbekanntesten Instituten gründeten die jüngeren Jahrgänge der Studenten besondere Fremdenführer-Kolonnen, die die Aufgabe haben, die zahlreichen Besucher aus allen Ländern der Erde durch die ehrwürdigen Räume und Anlagen von Oxford und Eton zu führen, um ihnen einen rechten Begriff vom Leben der englischen Studenten zu geben, die wie überall durchaus nicht auf Rosen gebettet sind. Man veranstaltet lehrreiche Führungen durch die heiligen Hallen der Wissenschaft, die sich großer Beliebtheit bei den Touristen erfreuen und in vielen Fällen mit einem Teetischtag in den bisher streng abgeschlossenen Privaträumen der Studierenden enden.

## Renntiere hinterm Drahtzaun

Im nördlichsten Finnmarken, weit über den Polarkreis, haben seit Jahrzehnten die riesigen Rentierherden Norwegens und Finnlands einträchtig nebeneinander die endlosen Flächen Lapplands und des hohen Nordens abgeweidet. Nunmehr hat man sich entschlossen, die Rentierherden zu „nationalisieren“. Man rief zu diesem Zweck eine norwegisch-finnische Rentierkommission ins Leben, welche die Aufgabe hat, die norwegischen von den finnischen Rentieren zu scheiden, was mit Hilfe eines zwei Meter hohen Drahtzaunes geschieht, der entlang der Grenze beider Länder über eine Strecke von mehr als dreihundert Kilometer gezogen wird.

## Kongo-Kolonie wird kartographiert

Die belgische Kolonialverwaltung hat sich entschlossen, nunmehr das riesige Gebiet ihres Kolonialbesitzes am Kongo mit einem Aufwand von 14 Millionen Dollar zu kartographieren. Diese gewaltige Aufgabe wird einen Zeitraum von 80 Jahren in Anspruch nehmen, sofern nicht schnellere und bessere Methoden der Landesaufnahme wie bisher gefunden werden. Man hat bereits mit den Luftaufnahmen des Herzogs des schwarzen Erdteils begonnen, die dann in einem komplizierten Verfahren sich in die neuesten Karten bisher kaum erforschter Gebiete verwandeln werden.

lung des Ausstoßes nur aufzuheben, um einen für lange Zeit „fast unversiegbaren Strom des kostbaren Betriebsstoffes für die Adern der Weltwirtschaft in die Bunker und Tanker rinnen zu lassen.

Ein wichtiges Kapitel von ausschlaggebender Bedeutung im Kampf um die Gewinnung des Öls sind die Verarbeitungsanlagen. Ab-

## Zwanzig Tage auf dem Mississippi

Eine Fahrt mit dem Raddampfer wie zu den Zeiten Mark Twains

Der „Ol' Man River“, der „große alte Fluß“, auf dem Mark Twain jahrelang als Lotse fuhr, ist für den Amerikaner das, was für den Deutschen der „Vater Rhein“ ist. Er ist hier wie dort der lebenspendende, fruchtbare, von Geschichte und Sage umwobene große Vater der Flüsse, um den noch heute die Sehnsucht des Volkes in seinen Liedern kreist.

Vor rund achtzig Jahren war der Mississippi vielleicht noch mehr als heute das Symbol für Freiheit und Größe des gewaltigen Kontinents, den er auf seiner mehr als 6000 Kilometer langen Reise in den Golf von Mexiko durchläuft. Um diese Zeit belebten den breiten Strom Hunderte von charakteristischen Raddampfern, wie wir sie heute nur noch aus historischen Filmen kennen. Sie lieferten sich spannende und aufregende Wettrennen, die nicht selten mit einer Kesselexplosion endeten. Diese Dampfer auf dem Mississippi waren schwimmende Hotels, auf denen man es sich auf wochenlanger Flußfahrt wohl sein ließ.

Heute ist die Romantik einer Reise auf dem Mississippi, die in den Jahren der weitgehenden Technisierung fast verschwunden war, zu neuem Glanz wiedererwacht. Alljährlich während der Sommermonate fährt einer der alten Dampfer mit dem großen Schaufelrad am Heck für zwanzig Tage den Mississippi hinunter. Die Reise beginnt rund 4000 Kilometer stromauf in Cincinnati und endet im schönen, alten Neu Orleans, das mit seiner klassischen, französischen Vergangenheit noch mancherlei für den Fremden an Sehenswerten in seinen alten Gassen aufbewahrt hat.

Wenn man sagt, einer der „alten“ Dampfer fährt diese Strecke, trifft dieses nur auf das äußere Bild zu. „Delta-Königin“ heißt das mit modernstem Luxus ausgerüstete Schiff, auf dem man eine der schönsten Flußreisen des weiten Kontinents unternimmt. Zwar dreht sich auch hier noch das große Schaufelrad unablässig am Heck des Flußbootes und treibt es Melle um Melle seinem Ziel entgegen, doch die moderne Schiffbau-technik hat ein wahres Ferienparadies aus der Delta-Königin gemacht. Auf den geräumigen Decks und in den eleganten Kabinen ist für die Bequemlichkeit auch des verwöhntesten Reisenden gesorgt. Wie auf den großen Luxusdampfern stehen ihm Bilder, Sportmöglichkeiten und all die Dinge zur Verfügung, die eine Schiffsreise zum unvergeßlichen Erlebnis werden lassen. Nur die Unendlichkeit des Meeres fehlt. Man hat immer die Ufer

vor Augen, die mit ihren landschaftlichen Schönheiten eine Fülle des Anregenden und Interessanten bieten.

Da sind die typischen Landsitze der Baumwollbarone mit ihren weißen Veranden und den charakteristischen, prächtigen, gäulenüberdachten Vorhallen, da sind die endlosen Baumwollfelder des Südens und die Eichenhaine, in deren Schatten sich die Großgrundbesitzer ihre Schlösser bauten. Das Leben an Bord wird auch hier wie überall von der überreichen Folge und Fülle der Mahlzeiten bestimmt, die auch den Gaumen des Feinschmeckers noch zu kitzeln vermögen, während auf den Feldern zu beiden Seiten des Stromes die gebeugten Rücken der Neger wie zu den Zeiten von „Onkel Toms Hütte“ von der gleißenden Sonne beschienen werden, nur daß sie heute gleichberechtigte freie Männer sind. Ihre schwermütigen Lieder klingen über den Strom, den „Ol' Man River“, dessen berühmtester Lotse Mark Twain war.

## Unzerstörbarer Aberglaube

Der französische Brauchtforscher A. Ruffat hat unter dem Titel: „Der Aberglaube im Laufe der Jahrhunderte“ ein Buch erscheinen lassen, worin er aufzeigt, daß auch im modernen Menschen mittelalterlicher, babylonischer und selbst vorgeschichtlicher Aberglaube fortlebt. Da ist zum Beispiel das Gähnen, bei dem wir aus Höflichkeit die Hand vor den Mund halten. Doch ist es nicht eigentlich die Höflichkeit, die uns zu dieser Handbewegung nötigt, sondern die von den alten Hindus übernommene abergläubische Befürchtung, es könnten beim Gähnen in den offenen Mund böse Geister einfliegen.

Die Sitte, den Trauring am vierten Finger, dem Goldfinger, zu tragen, geht auf den Aberglauben der alten Römer zurück, die meinten, dieser Finger beherberge eine Ader, die direkt zum Herzen anführe. Niemand geht gerne unter einer angelehnten Leiter hindurch. Was ihn daran hindert, ist nicht die Besorgnis, die Leiter könnte umfallen, vielmehr die unbewußte Furcht, das magische Dreieck zu verletzen, das schon in der Pharaonenzeit geweiht war.

Die Sitte der Frauen und bei einigen Völkern auch der Männer, Armbänder oder Halsketten zu tragen, ist nicht allein als Ausfluß des Schmuckbedürfnisses zu verstehen; nach altägyptischer Auffassung ist das Leben ein Etwas, das sich vom Körper trennt und das man jedoch durch Arm- und Halsbänder an den Körper fesseln kann.

**Der Nachweis fehlte**

Es ist noch nicht ganz eine Woche her, daß Oberstudiendirektor Dr. Messerschmid sich bei der Schlußfeier der Oberschule Calw in anerkennenswerter Deutlichkeit vom derzeit gebräuchlichen Prüfungswesen, speziell dem südwestdeutschen Prägung, distanzierte. Was er hier zu sagen wußte, war wohl allen unvoreingenommenen und mit offenen Augen durchs Leben gehenden Zuhörern aus dem Herzen gesprochen: daß nämlich die Akzente falsch gesetzt seien und die Persönlichkeitsbildung über der vielgerühmten „Tüchtigkeit“ vernachlässigt werde.

Es freute uns besonders, solche Worte aus dem Munde eines erfahrenen Schulpraktikers zu hören, der ja schließlich in solchen Dingen Bescheid wissen muß. Wenn wir die kritische Stellungnahme richtig verstanden haben, so bedeutete sie in ihrer weiteren Konsequenz zugleich eine unmißverständliche Absage an jenen Menschentyp, den man in Schule und Beruf gemeinhin als „Streber“ bezeichnet. Von seinen Vorgesetzten als hervorragenden Fachkünstler zwar sehr geschätzt, von der übrigen Umwelt aber wegen seines Mangels an Rückgrat, seiner allzu großen Schmiegsamkeit und seiner allgemein gallertartigen Beschaffenheit aber wenig geschätzt, geistert er durch Literatur und Schulwirklichkeit bis in unsere Tage als der „Primus par excellence“. Daß auch die heutige Schule an der Züchtung einer derartigen Spezies Mensch nicht interessiert ist, darf uns allen Genugtuung und Beruhigung sein.

Um aber wieder auf das „Prüfungswesen“ zurückzukommen: Aus hundert haarsträubenden Fällen ist uns nur zu gut bekannt, welche prächtigen Blüten es Tag für Tag in der Treibhausatmosphäre der Verwaltungen treibt. Zu welchen Auswüchsen es jedoch führen kann, das wurde allerweitesten Kreisen beim Tode des berühmtesten deutschen Chirurgen, Prof. Sauerbruch, bekannt. Daß ein solcher, um das Leben vieler tausend Menschen verdienter Fachkünstler zweimal durch die Mühle der Entnazifizierung getrieben wurde, das mag man — unter Anrechnung des politischen Verfolgungswahns jener Tage — noch hingehen lassen. Gipfelfhaft jedoch und nur aus dem so typisch deutschen Prüfungs-Komplex erklärlich, bleibt die „Leistung“, daß dieser einmaligen Kapazität nicht weniger als dreimal die Zulassung zur Krankenkassenpraxis versagt wurde. Grund: Es fehlte der Nachweis, daß er chirurgischer Facharzt war. Wohlverstanden, dieser Nachweis fehlte nicht irgend einem x-beliebigen Dr. med., sondern Prof. Sauerbruch, dessen Name seit Jahrzehnten Weltgeltung und Weltruf hatte!

Kann es eine trefflichere Illustration dessen geben, was bei der vorerwähnten Schlußfeier hinsichtlich der Ueberbewertung des Prüfungswesens gesagt wurde?

**Vorboten der kommenden Getreideernte**

Ungewöhnlich lange hat sich in diesem Jahr die Heuernte durch das bis vor kurzem anhaltende, unbeständige Wetter hinauszogezogen, so daß also, kaum war der letzte Wagen Heu eingefahren, auch schon der Getreidebinder angespannt und die inzwischen überreif gewordene Wintergerste gemäht und aufgebockt werden mußte. So konnte bereits am letzten Freitag bei dem Bauern Oettinger in Calw der erste Garbenwagen eingefahren werden.

Der Anbau von Wintergerste wird in unserer Gegend nur in geringem Umfang getätigt, obwohl darin ein beachtlicher Vorteil für den Bauern liegt. Zum ersten ergibt sich eine Verteilung der Arbeit für die kommende allgemeine Erntezeit, da die Wintergerste zwischen der Heuernte und der allgemeinen Getreideernte reif wird. Wenn nun einige Morgen Wintergerste vorhanden sind, können diese in der ruhigeren Zeit eingebracht und sofort gedroschen werden.

Ein weiterer Vorteil liegt darin, daß das leere Gerstenfeld sofort umgeackert und mit einem Herbstfutter eingesät werden kann. Ferner kann der über die Sommermonate angefallene Stalldung auf den leeren Gerstenacker ausgefahren und untergeackert werden.

Wer gegenwärtig einen Gang durch unsere Felder macht und einen Sinn dafür hat, woher das tägliche Brot kommt, darf feststellen, daß Getreide und Hackfrüchte sehr schön stehen. Wohl sieht man allerdings auch hin und wieder gefallene Fruchtstücke, die durch die letzten Gewitter Schäden gelitten haben. Wenn wir aber in den nächsten Wochen vor weiteren Schlagregen bewahrt bleiben, dann könnte der bis jetzt entstandene Schaden noch hingenommen werden und unsere Bauern dürften auf eine recht gute Ernte hoffen.

CALWER ZEITUNG  
Verlag Paul Adolf, Calw, in der Schwäbischen Verlagsgesellschaft m. b. H.  
Chefredakteure:  
Willi Hanns Hebsacker und Dr. Ernst Müller.  
Für den Lokaltell verantwortlich: F. H. Scheele.  
Redaktion und Geschäftsstelle Calw: Lederstraße.  
Telefon 725.  
Druck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw.

**Um das rechte Verhältnis von Mieten und Preisen**

**Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins Calw — Eine Entschließung**

Die Haus- und Grundbesitzer der Kreisstadt versammelten sich am Mittwochabend auf Einladung des vor kurzem neu gegründeten Haus- und Grundbesitzervereins Calw im Hotel „Waldhorn“, um sich hier von berufener Seite über den Stand der Dinge in ihrem Interessengebiet unterrichten zu lassen. Eingangs begrüßte der Vorsitzende des Vereins, Heinrich Mühlberger, die recht zahlreich erschienenen Besucher, unter ihnen besonders Bürgermeister Seeber. Der Vorsitzende umriß im folgenden kurz den Zweck der Vereinigung, dessen Ziele sich gegen niemand richteten, sondern nur dem bescheidenen Recht des Besitzes dienen sollten.

Als Geschäftsführer des Landesverbands der Württ. Haus- und Grundbesitzervereine beleuchtete Her Claus (Stuttgart) die gegenwärtige Lage des Hausbesitzes, indem er darauf hinwies, daß der Hausbesitz sich seit 1918 in einer Art von Ausnahmezustand, geschaffen durch das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz, befinde. Sei schon durch diese beiden Gesetze eine wesentliche Benachteiligung des Hausbesitzers entstanden, so erst recht durch die Nachkriegsbestimmungen, speziell durch das südwestdeutsche Wohnungsgesetz vom Mai 1946. Es habe nicht nur an den unzulänglichen Mietpreisen festgehalten, sondern auch noch das Mitbestimmungsrecht der Hauseigentümer über die Auswahl der Hausmitbewohner völlig aufgehoben.

Wenn der Verband heute eine Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung, zumindest jedoch eine Lockerung der Bestimmungen fordere, so sei er sich darüber klar, daß die Voraussetzungen dafür erst durch die Schaffung genügenden Wohnraums gegeben seien. Hier sei es jedoch mit staatlichen Maßnahmen allein nicht getan, vielmehr sollte die Privatinitiative mit eingespannt werden. Bei den derzeitigen Mietpreisen sei aber der Anreiz zum Bau von Mietwohnungen denkbar gering und deshalb sei bei der Mietpreisbildung der Hebel anzusetzen, um aus der Wohnraumnappheit herauszukommen.

Der Referent belegte seine Forderung nach Mietpreiserhöhung durch verschiedene Ziffern, aus denen hervorging, daß die Belastungen des Hausbesitzes sich wesentlich erhöht, teilweise sogar vervielfacht haben und hielt diesen Tatsachen die Altmieten mit ihrem auf 110 Prozent des Vorweltkriegsstandes verharrenden Niveau gegenüber. Die Mehrzahl der Häuser befinde sich in reparaturbedürftigem Zustand, doch fehle den meisten Haus-

besitzern das Geld, um eine gründliche Ueberholung vornehmen lassen zu können. Die mit Wirkung vom 1. Januar dieses Jahres gegebene Möglichkeit der Abwälzung der Grundsteuer- und Gebührenerhöhung auf die Mieter sei der allgemeinen Mehrbelastung des Hausbesitzes nur einem Bruchteil gerecht geworden. Es sei nun nämlich allmählich hohe Zeit, der fortschreitenden Entwertung des Haus- und Grundbesitzes mit dem gleichzeitigen Verfall der Altmieten entgegenzutreten und die Mieten in ein angemessenes Verhältnis zu den Aufwendungen für die Erhaltung der Häuser zu bringen.

Nachdem der Redner über das Wirken des Verbandes und die wahrscheinlichen Auswirkungen des Lastenausgleichs berichtet hatte (der Entwurf vom LAG, sieht eine 50prozentige Abgabe mit 30jähriger Tilgungszeit vor), verlas der Calwer Vorsitzende folgende



**Meisterprüfung auch in der Landwirtschaft**

**Eine Tagung der Lehrer an Landwirtschaftlichen Berufsschulen in der Calwer Akademie**

Nach den Lehrern an Kaufmännischen und Gewerblichen Berufsschulen versammelten sich in der vergangenen Woche die Lehrer an Landwirtschaftlichen Berufsschulen an der Akademie für Erziehung und Unterricht Calw. Sowohl Landwirtschaftsminister Dr. Weiß als auch Kultminister Dr. Sauer betonten schon durch ihre Anwesenheit, aber auch bei ihren Ansprachen vor den vollständig versammelten Lehrern dieser besonderen Art der Berufsschule, wie wichtig diese sei und daß sie der besonderen Pflege bedürfe.

Wir stehen ja mitten im Umwandlungsprozess: aus dem Bauernhandwerk wird ein Beruf, ebenbürtig den anderen Handwerken, die Lehrling, Geselle und Meister kennen. Der Leiter des Schul- und Ausbildungswesens des Landwirtschaftsministeriums, Oberregierungsrat Fischer, berichtete von dem Beschluß des Landesbauernverbandes, in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium die Meisterprüfung auch in der Landwirtschaft einzuführen. Dies spiegelt nur den Umwandlungs- und Entwicklungsprozess wider, in dem heute das Bauerntum mitten drin steht. Der rechte Bauer braucht heute, soll sein Hof florieren und sich rentieren, soll er so bewirtschaftet sein, daß der Bauer und die Gemeinschaft des Volkes ihren Nutzen davon haben, den vielseitig ausgebildeten „Meisterbauern“.

Zunächst ging es bei diesem Kurs um die Unterstufe schulischer Ausbildung des bäuerlichen Nachwuchses: um die Pflichtschule, die jeder künftige Bauer zu besuchen hat, die Landwirtschaftliche Berufsschule. Sie arbeitet

unter besonders erschwerten Umständen. Mit der übrigen Pflicht-Berufsschule teilt sie die niedrige Wochenstundenzahl, 4 bis 5 Stunden in der Woche. Ihr Schülermaterial ist meist recht ausgelesen, da die irriige Vorstellung besteht, zum Bauern reiche es noch immer. Dabei fordert gerade eine gediegene, fortschrittliche Wirtschaftsführung heute den ausgebildeten, anpassungsfähigen und bewußt die vielfältigen Aufgaben meisternden Bauern.

Bislang stand die Landwirtschaftliche Berufsschule etwas nebenan, auch der Bauernstand selbst mußte aufgeklärt werden darüber, wie wichtig Schule und recht verstandene Theorie für die Praxis sind. Heute hat man auf Seiten der Landwirtschaft wie auf der der Kultministeriums die Aufgabe dieser Sonderform unseres Schulwesens erkannt. Und man wird aus dieser Erkenntnis die Folgerungen ziehen. Vor 100 Jahren waren 80% unserer Bevölkerung noch bäuerlich, heute sind es noch 17%; aber diese 17% bewirtschaften dieselbe Bodengröße, ringen ihr im Groben gesprochen sogar den doppelten Ertrag wie früher ab: kommt es da, der ganzen Wirtschaft unseres Landes willen, nicht auf die Ausbildung dieses relativ kleinen aber um so bedeutenderen Berufsstandes entscheidend an? In der Aufzucht seines Viehs kennt der Bauer einen unbestritten richtigen Spruch: „Ein Jahr länger ein Fohlen, gibt 10 Jahre länger ein Pferd“ — sollte er in rechter Uebertragung nicht auch für den Menschen und seine Ausbildung in der Jugendzeit gelten?

**Am Sonntag Bürgermeisternachwahl**

Altensteig. Der Gemeinderat beschloß in seiner Sitzung vom vergangenen Montag, die Bürgermeisternachwahl auf den kommenden Sonntag festzusetzen.

**Beispielhafte Hilfsbereitschaft**

Würzbach. Dieser Tage konnte eine hier ansässig gewordene Heimatvertriebenenfamilie ihr neues Eigenheim beziehen. Das Haus war von der Kreisbauernschaft erstellt worden, wobei die Bauherren von Seiten ihrer Schicksalsgenossen wie auch der Eingewesenen tatkräftige Unterstützung erfahren durften. So beteiligten sich die meisten Würzbacher Gespannbesitzer mit

kostenlosen Fuhrleistungen. Sämtliche Würzbacher Waldbesitzer, ja, sogar einige aus Oberkollwangen und Schmieh, stifteten eine ansehnliche Menge Stammholz und trugen auf diese Weise zum Gelingen des Werkes bei.

**Von 2 auf 80 DM „aufgewertet“**

Herrenberg. Ein hiesiger Geschäftsmann, der von der Verkehrspolizei in eine Ordnungsstrafe von 2 DM genommen worden war, hatte den mit dem Einzug der geringen Buße beauftragten Polizeibeamten beschimpft. Das Gericht verurteilte den leicht Erregbaren wegen Beamteneißeidung zu einer Geldstrafe von 80 DM.

**Im Spiegel von Calw**

**Hühnerpest in Calw**

Das Bürgermeisteramt Calw gibt bekannt: In einzelnen Geflügelställen in Calw ist die Hühnerpest festgestellt worden. Es werden folgende seuchenpolizeilichen Vorschriften angeordnet:

1. Sämtliches Geflügel einschließlich der Tauben ist eingesperrt zu halten. Freilaufendes Geflügel kann sofort entschädigungslos getötet werden.
2. In verseuchten Ställen unterliegt das Geflügel der Stallsperre. Der Reg.-Veterinär ist bevollmächtigt, in Seuchenställen das gesamte Geflügel zu töten.
3. Aus verseuchten Geflügelhaltungen dürfen keine Eier abgegeben werden. Eierschalen dürfen nicht verfrachtet werden. Schlachtabfälle von Geflügel sind zu verbrennen.
4. Jede Ein- und Ausfuhr von Geflügel aller Art ist verboten.
5. In verseuchten Ställen darf Geflügel frühestens 6 Wochen nach dem Erlöschen der Seuche neu eingestellt werden.
6. Vor dem Verlassen der Seuchenställe (Gehöften) haben alle Personen ihr Schuhwerk mit 1%iger Natronlauge zu entseuchen. Den in einem Seuchengehöft wohnenden oder beschäftigten Personen kann bis zur Beendigung der Abschachtung des Geflügels oder Ausführung der Entseuchung im Seuchengehöft das Betreten anderer Gehöfte mit Geflügelhaltungen durch den zuständigen Regierungsveterinär verboten werden.
7. An den Seuchengehöften sind Tafeln mit der Aufschrift „Hühnerpest“ deutlich sichtbar anzubringen.

**Gehweg- und Straßenreinigung**

Das Bürgermeisteramt Calw gibt bekannt: 1. Nach § 41 der ortspolizeilichen Vorschrift zur Ordnung des Straßenverkehrs sind die Grundstücks- und Gebäudeeigentümer verpflichtet, die Gehwege, Kandeln und Fahrbahnen, letztere bis zur Mitte auf die Länge ihres Eigentums zu reinigen.

2. Die Fahrbahnen der Hauptdurchgangsstraßen (Bahnhofstraße mit Bahnhofbrücke, Badstraße, Bischofstraße, Untere Brücke und Lederstr., ferner Nikolausbrücke, Hermann-Hesse-Platz, Marktstraße, Marktplatz und Altburger Straße sowie Stuttgarter Straße) werden städtischerseits gereinigt. In den genannten Strecken sind die Grundstücks- und Gebäudeeigentümer zur Reinigung der Gehwege und Kandeln verpflichtet.

3. Die Reinigung hat jeweils vor Sonn- und Feiertagen, bei außerordentlicher Verunreinigung sofort zu erfolgen.

4. Es wird gebeten, die Reinigung der Gehwege, Kandeln und Fahrbahnen jeweils bis Samstagfrüh 8 Uhr vorzunehmen. Die städtischen Straßenreiner sind angewiesen, am Samstag den im Kandel bereitgemachten Kehricht abzuführen.

**Gertrude Pitzinger singt heute**

Ein musikalischer Genuß allerersten Ranges steht den Kunstfreunden heute bevor. Im Liebenzeller Kurhausaal singt um 20.30 Uhr die größte Meisterin des deutschen Liedes, Gertrude Pitzinger (Alt). Wer je das Glück hatte, sie zu hören, wird diese Gelegenheit nicht versäumen, ihrer Kunst erneut teilhaftig zu werden. Die Calwer Besucher haben Gelegenheit zu dem Konzert mit dem Omnibus Rexer abends 20 Uhr ab Rathaus Calw (Rückfahrt gegen 22.15 Uhr).

**Missionarsbesuch aus Afrika**

Pfarrer Esoka, der Präsident der jungen Kirche in Kamerun, befindet sich zur Zeit auf einer Europareise. Er hat kürzlich auf dem Basler Missionsfest und anschließend auf dem Stuttgarter Missionsfest der Mutterkirche die Grüße und den Dank der Christengemeinden in Kamerun überbracht. Beim großen Ev. Kirchentag in Berlin war er einer der Sprecher für Afrika. Er sprach dort in der Waldbühne und in den Messehallen am Funkturm und sein schlichtes lebendiges Christuszeugnis fand starken Widerhall. Wir werden nun die Freude haben, ihn auch in Calw zu hören. Gerne hat er der Bitte seines einstigen Lehrers, des Kamerunmissionars Heinrich Stahl (Calw) entsprochen und für den 5. August zugesagt. An diesem Tag wird Pfarrer Esoka um 20 Uhr über seine Missionstätigkeit berichten, wozu jedermann herzlich eingeladen ist. Die Missionsfreunde von Wildbad und Umgebung werden am 7. August und die von Bad Liebenzell am 8. August Gelegenheit haben, Pfarrer Esoka zu hören.

**Rentenzahlung beim Postamt Calw**

Beim Postamt Calw werden die Militär- und Angestelltenrenten am morgigen Samstag in der Zeit von 9 bis 12 Uhr ausgegeben, die Invalidenrenten am Mittwoch, 1. August, ebenfalls zur vorgenannten Zeit. An beiden Tagen werden zugleich die Nachzahlungen für Juli und August vorgenommen (für Juni liegt noch keine Anweisung vor), über deren Höhe die Rentempfänger durch frühere Zeitungsmeldungen bereits unterrichtet worden sind.

**KAUFHAUS MERKUR**  
PFORZHEIM, Zähringer-Allee

**FÜR DEN HERRN**

**SPORTSAKKO**  
3 aufgesetzte Taschen,  
ganz gefüttert, tolle  
Muster.  
Kombinationshose,  
grau oder braun 19,80

**38<sup>00</sup>**

**SPORTANZUG**  
mit Umhängohse,  
braune Farben, Sakko  
m. Rückenriem, strap-  
azierfähig, auch ges-  
sondelt, stärkere Herren

**78<sup>00</sup>**

**ANZUGHOSE**  
Rundbund, m. Gesäß-  
tasche, grau, uni od.  
grau Streifen, strap-  
azierfähige Qualität  
14,50 und

**9<sup>50</sup>**

**OGELHOSE**  
Rundbund mit Bund-  
verlängerer, Gesäß-  
tasche, braun, blau,  
grau oder grün, fisch-  
grau u. Noppen 14,50 u.

**14<sup>50</sup>**

**SPORTMUTZE**  
für Herren, mit Kunst-  
seidenfutter u. Strick-  
leder, viele Muster  
und Farben

**2<sup>45</sup>**

**Schüler stellten aus**

Bad Liebenzell. Am 21. und 22. Juli zeigte die hiesige Schule eine Ausstellung von Handarbeiten, Schülerzeichnungen und modernen Arbeitsmitteln für den Unterricht. Neben einer großen Zahl schöner und übersichtlich dargebotener Nadelarbeiten waren über 700 Zeichnungen aller Schüler vom 1. bis 8. Schuljahr einschließlich der Schüler der 3 Förderklassen, dazu Klebe- und Papparbeiten, Glasmalereien und Laternen ausgestellt. Wer diese zum Teil sehr originellen und farbenfrohen Blätter, Pastell- und Tuschkörper, die Bleistiftzeichnungen, Scherenschnitte und Buntpapierarbeiten aufmerksam durchging, gewann wertvolle Einblicke in die Entwicklung der kindlichen Gestaltungskraft. Durch die Aufgliederung in die Schuljahre und in Themengruppen war die Möglichkeit zum Vergleich gegeben.

Elternschaft und Gemeinde, auch auswärtige Gäste, bewiesen ihr Interesse an der Ausstellung durch außerordentlich regen Besuch, der bis in die späten Abendstunden anhält. Neben den Arbeiten der Schüler konnten die Besucher auch Einblick in die der Schule zur Verfügung stehenden Lehrmittel nehmen. Anschauungstafeln aus älterer und neuer Zeit, Präparate und Modelle, Bildwerfer, Mikroskop und eine Reihe moderner Lehrbücher vermittelten ein vielseitiges Bild von den Hilfsmitteln, die den Lehrer in seiner Unterrichtsarbeit an der Schule unterstützen.

**Schönbergs Kurpark eingeweiht**

Schönberg. Die Eröffnung des neuen Schönberger Kurparks wurde am vergangenen Sonntag bei strahlender Sonne in festlichem Rahmen vor etwa 1200 Kurgästen und sonstigen Anwesenden von nah und fern begangen. Mit treffenden Worten übergab Bürgermeister Brenner die vorbildliche Anlage ihrer Bestimmung, die Bedeutung Schönbergs und seiner Kureinrichtungen zum Wohle der Kranken herausstellend.

Am Abend war der Kurpark vom Rathaus bis zur Schwarzwaldstraße mit 6000 glühenden Kerzen und Lampen und bunt leuchtenden Rosetten prächtig illuminiert, eine Farbensinfonie, die das Höfener Streichorchester einschmeichelnd und zauberhaft unterstrich. Froh drehten sich die tanzenden Paare um den vielfältig strahlenden Pavillon, bis ein aufziehendes Gewitter der Herrlichkeit jäh ein Ende bereitete.

**Sturz vom Kirschbaum führte zum Tod**

Gräfenhausen. An den Folgen innerer Verletzungen, die er sich vor kurzem durch einen Sturz vom Kirschbaum zugezogen hatte, ist Metzgermeister Emil Ganzhorn im Alter von 65 Jahren verstorben.

**Mit dem Fahrrad gegen ein Haus**

Wildberg. Eine in Eßringen wohnende Flüchtlingsfrau fuhr am Sonntagabend mit dem Rad nach Wildberg. Auf der steil abfallenden Straße riß die Radkette; die Fahrer bog nach links ein und stieß mit voller Wucht auf die Hauswand. Mit dem beim Aufprall erlittenen schweren Verletzungen mußte sie ins Kreiskrankenhaus Nagold verbracht werden. Ihr Mann befand sich auf dem Festplatz in Wildberg und erfuhr durch den Lautsprecher von dem Unfall.

**Besteckfabrik OKA erweitert**

Altensteig. Bürgermeister Hennefarth gab in der letzten Gemeinderatssitzung bekannt, daß die Besteckfabrik Otto Kaltenbach die Absicht habe, den als Industriegeleise vorgesehenen Bauplatz am Bahnhof käuflich zu erwerben und darauf einen Erweiterungsbau zu errichten. Dadurch sollen 40-50 Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Es sei beabsichtigt, hier vor allem Altensteiger Erwerbsuchende und Heimatvertriebene zu beschäftigen.

Der Gemeinderat billigte einstimmig die käufliche Abtretung des fraglichen Geländes an die Firma „OKA“, die damit 19 ar bebaubaren Raumes zu 1,50 DM je qm und 12 ar unbebaubaren Raumes (Zufahrtstraße) zu 0,50 DM je qm erhält. Der Kaufvertrag ist bereits abgeschlossen worden.

**Für Unterhaltung ist gesorgt**

**Kurverwaltung Hirsau bietet ein reichhaltiges Veranstaltungsprogramm**

Hirsau. Die Kurgemeinde ist auch in diesem Sommer wieder erfolgreich bemüht, ihren zahlreichen Gästen einen angenehmen Aufenthalt zu bieten. Tun einerseits die würzige Luft der Tannenwälder, die Stille der umgebenden Landschaft und die kräftige Kost das ihre zur Erholung der Sommergäste, so soll es diesen aber auch nicht an Unterhaltung fehlen. Denn zur rechten Erholung gehören nicht nur Entspannung und Entrücktsein aus dem Alltag, sondern ebenso zur rechten Zeit ein wenig Kurzweil und fröhliche Geselligkeit.

Für solche Art von Veranstaltungen hat Hirsau in seinem neuen Kursaal eine ideal zu nennende Versammlungsstätte, an der die gerne wiederkehrenden Besucher besonders den intimen Reiz des freundlichen und nicht allzu weitläufig gehaltenen Saales zu schät-

nier für Kinder ab 10 Jahre findet am Samstag nachmittag von 14 bis 18 Uhr statt, Preisverteilung ist anschließend.

Die Freunde ernster Musik werden sich den Liederabend am Montag nicht entgehen lassen. Der Tenor Albert Barth (Calw) bringt, am Flügel begleitet von Hedwig Weiß-Dietrich, Lieder von Schumann, Schubert und Brahms.

Wie bereits berichtet, gastiert am 1. August eine Gruppe des Akademischen Studios der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität (Frankfurt/M.) mit der amerikanischen Komödie von Marc Reed „Ja, mein Liebling“. Am 4. August findet abends im Kursaal und nachmittags im Kurgarten eine große Internationale Modenschau des Hauses Germaine statt, die unter dem Motto „Mit Frau Mode in die Sommernacht“ steht. Am Tag darauf ist Sommernachtsfest mit Parkbeleuchtung, Gesangs- und Tanzvorführungen. Den Freunden derberer Kost sei das Gastspiel des Pfundtnerischen Bauerntheaters am 8. August empfohlen. Einen Höhepunkt der Veranstaltungen bildet der Besuch von Barnabas von Gezy, Lale Andersen, Werner Veidt und Willy Hohner mit seinen Instrumentalsolisten, die alle zusammen am 14. August für einen erlebnisreichen Abend sorgen werden.

Damit ist das vielseitige Programm dieser Saison aber noch keineswegs erschöpft. Es bietet noch mancherlei Überraschungen, über die dann zu gegebener Zeit berichtet werden soll.

**... und morgen**

der Bezirksmeisterschaften teil. Um rechtzeitig beim frühen Start anwesend zu sein, fährt die Nagolder Rennmannschaft schon am Samstagabend nach Altburg und wird dort die Gastfreundschaft der ansässigen Radsportfreunde in Anspruch nehmen. An den radsportlichen Darbietungen des Nachmittags sind die Nagolder mit ihrer Rennmannschaft der Damen und Herren beteiligt und auch beim Kunstradfahren werden die Nagolder Gäste ihr akrobatisches Können zeigen.

**Handballschiedsrichtertagung in Nagold**

Nagold. Am morgigen Samstag um 15 Uhr findet in Anwesenheit von Landespartenleiter Dr. Gabler im Gasthaus „Adler“ eine Schiedsrichtertagung statt. Dabei werden die neuen Regeln besprochen, die auf dem Bundestag in Anlehnung an die internationalen Regeln ausgearbeitet wurden. Die Schiedsrichter der Kreise Calw und Freudenstadt werden gebeten, vollzählig daran teilzunehmen. Weiter bittet der Kreisschiedsrichterobmann, die noch nicht abgegebenen Pässe, mit dem Geburtsdatum versehen, abzuliefern.

**Tennis**

**TC. Calw steigt in die A-Klasse auf**

Am vergangenen Sonntag (22. Juli) wurde in Biberach um den Sieg der 3. Gruppe zwischen den Mannschaften von Biberach II und Laupheim gekämpft. Laupheim wurde Sieger. Demnach hätte der TC Calw, als Gruppensieger der 1. und 2. Gruppe, mit Laupheim in der Endrunde der B-Klasse am kommenden Sonntag auf eigenen Plätzen um die Gruppenmeisterschaft kämpfen müssen. Leider hat die Laupheimer Mannschaft auf die Austragung dieses letzten Wettspiels zu Gunsten des Calwer Clubs verzichtet, womit dieser kampflös Gruppenmeister wurde und seine Aufnahme in die A-Klasse unbestritten ist.

Der Tennisclub Calw bedauert sehr, daß es ihm nicht vergönnt ist, durch einen bis zur letzten Phase erkämpften Erfolg — der Calw nach Meinung objektiver Beobachter und Kenner beider Mannschaften nicht versagt geblieben wäre — sondern durch einen freiwilligen Verzicht seinen Aufstieg in die A-

**Unsere Gemeinden berichten**

Güttlingen. Der hiesige Amtsdienerr Fritz Maier durfte dieser Tage sein 25jähriges Amisjubiläum begehen. Bürgermeister Widmann sprach ihm die Glückwünsche der Gemeinde aus und ehrte ihn durch Ueberreichung von Geschenken.

Wildberg. Anfang dieser Woche durfte Frau Magdalene Martini ihren 86. Geburtstag feiern.

Nagold. Am morgigen Samstag um 14 Uhr kommen sämtliche Vertreter der Bezirks-Klassen-Vereine der Kreise Nagold, Freudenstadt und Horb in der Bahnhofswirtschaft in Hochdorf zu einer wichtigen Besprechung zusammen. — Tagesordnung: 1. Begrüßung durch den Bez.-Vors., 2. Wahl des Bezirks-Spielleiters, 3. Festsetzung des Beginns der Verbandsspiele, 4. Verschiedenes.

Nagold. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Schwarzwaldvereins wurden Buchdruckereibesitzer H. Stottele zum neuen Vorsitzenden und Gewerbelehrer E. Sauer zu seinem Stellvertreter gewählt. Der bisherige Vorsitzende, Albert Müller, hatte sein Amt wegen Wegzugs nach Konstanz niederlegen müssen.

Altensteig. In der Monatsversammlung des VfL, Sparte Radsport, gab Spartenleiter Starz einen umfassenden Rückblick auf das letzte Rundstreckenrennen. Es gilt nun, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen für die große radsportliche Veranstaltung in Altburg, die mit der Austragung der Bezirksmeisterschaften im Straßenrennen verbunden ist und an der sich auch die Spitzenfahrer Altensteigs beteiligen werden. Außerdem werden bei der Nachmittagsveranstaltung auch die I. und II. Radballmannschaft mitwirken. Beschlissen wurde ferner, an den Verbandsmeisterschaften in Fluorn teilzunehmen.

Simmersfeld. Im Rahmen eines Festgottesdienstes wurde der bisherige Pfarrverweser Helmut Ostermann von Dekan Brezger (Nagold) als ständiger Pfarrer in Simmersfeld eingesetzt. Die Pfarrfamilie, die aus Posen (Westpreußen) stammt, hat nun in Simmersfeld eine neue Heimat gefunden.

Gompelscheuer. Nachdem sie lange Jahre hindurch ihrem Namen als Zeitmesser keine Ehre mehr gemacht hatte, wird nun gegenwärtig die Turmuhr von der Fa. Perrot (Calw) wieder instandgesetzt.

Enzklosterle. Bei der Enzbrücke zwischen „Waldhorn“ und „Hirsch“ wurde dieser Tage die alte große Entfernungstafel des Schwarzwaldvereins in erneuerter Form wieder aufgestellt.

Grunbach. Die Sängerschaft des Turn- und Sportvereins ehrte alle Mitglieder des Vereins, die das 70. Lebensjahr überschritten hatten. Es waren dies: Gottl. Merkle, Heinrich Merkle, Georg Burkhardt, Karl Eisele, Wilhelm Heinz, Gustav Keppler und Johann Buck. Der Feler im „Hirsch“ wohnte eine große Anzahl älterer und jüngerer Ehrenmitglieder bei.

Klasse anzutreten. Damit haben für den TC Calw die Verbandsspiele der B-Klasse 1951 mit einem eindrucksvollen Erfolg von 75:10 Punkten ihr Ende gefunden.

Die Calwer Mannschaft wird aber in den kommenden Monaten in mehreren Freundschaftsturnieren ihre Stärke unter Beweis stellen. Schon im August wird sie gegen den TC Rot-Weiß E.V. Stuttgart auf eigenen Plätzen antreten.

**Ein Auto stand Kopf**

Birkenfeld. Letzten Sonntagabend geriet ein Pkw in einer Kurve ins Schleudern, wobei er zunächst in den Straßengraben fuhr und dann wieder auf die Straße kam, auf der er sich schließlich überschlug und mit den Rädern nach oben liegen blieb. Von den vier Insassen mußte einer mit einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus eingeliefert werden, während die anderen drei mit leichteren Verletzungen davorkamen.



**DANKSAGUNG**

Für alle die Liebe und Anteilnahme, die wir beim Heimgang meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

**Franz Hirsch**

Zugführer

erfahren durften, danken wir herzlich. Ganz besonders danken wir allen, welche ihm während seiner langen Leidenszeit Gutes erwiesen haben, H. Herrn Stadtpfarrer Winter für seine tröstenden Worte am Grabe, den Eisenbahnsingchor für den erhabenen Grabgesang, für die ehrenden Nachrufe und Kranzniederlegungen, den Herrn Ehrenträger, für die vielen Kranz- und Blumen Spenden sowie für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Anna Hirsch geb. Widenhorn mit Kindern Josef, Anna und Maria

**Sonderfahrt nach Berlin**

vom 8. bis 14. August. Fahrpreis hin und zurück DM 69.— Grenzübergang Hof-Gutenfürst

Interzonenpässe sind beim Bürgermeisteramt zu beantragen. Voranmeldungen erwünscht

A. Kruppa, Möttlingen Telefon Bad Liebenzell 182

Wir wurden getraut

PETER SPAMBALG  
Pfarrverweser  
GUDRUN SPAMBALG  
geb. Vogel  
26. Juli 1951  
Tübingen-Calw Heilbronn

**Tigerkätzchen**

verlaufen.  
Abzugeben Calw, Nonnengasse 2

**RADFÄHRERVEREIN ALTBURG**

Einladung zum

**Bezirks-Radsportfest**

SAMSTAG, 28. JULI  
ab 20 Uhr Festbankett auf dem Festplatz

SONNTAG, 29. JULI

5.30 Uhr Start zu den verschiedenen Rennen mit Austragung der Bezirksmeisterschaften.  
Neue Rennstrecke: Altburg—Würzbach—Agenbach—Oberkollwangen—Bad Teinach—St. Teinach—Calw—Altburg

12.30 Uhr Aufstellung des Festzugs mit Korsowettbewerb, anschließend auf dem Festplatz radsportl. Darbietungen, Kunst- und Reigenfahren, Radballspiele.

14.00 Uhr Preisverteilung, im Anschluß Festball

MONTAG, 30. JULI: Kinderfest

13.00 Uhr Festzug

Der Festausschuß.

Der gepflegte Haarschnitt vom Salon Odermatt

**Brillen-Britsch**

Calw, Lederstraße 19  
vom 26. Juli — 5. August  
geschlossen

Ohne WERBUNG  
kein FORTSCHRITT!

**LUFTKURORT HIRSAU**

**KLEIN-GOLFTURNIER**

Sonntag, den 29. 7. 51: für Erwachsene u. Jugendliche ab 14 Jahre vormittags von 9—11.30 Uhr, nachmittags von 14—16 Uhr Preisverteilung im Kursaal während des Tanzabends ab 20 Uhr

Samstag, den 28. 7. 51: für Kinder ab 10 Jahre, nachmittags von 14—18 Uhr Preisverteilung anschließend

Tanzabend ab 20 Uhr wie üblich

Die Kurverwaltung — Turnierleitung.

**Gersten- und Weizenstroh**

hat billig abzugeben  
Karl Wolf z. Calwer Tor Weilderstadt

**Ein starkes Läufer Schwein**

verkauft. Wilh. Kusterer, Speßhardt

**A. Oelschläger'sche Buchdruckerei Calw**

- Postkarten
- Briefbogen
- Rundscheibe
- Rechnungen
- Prospekte

Aufträge werden auch Lederstraße 23 (Geschäftstafel) angenommen